Katholisch

Katholisch

Katholisch und Ultramontan.

Zur Orientirung.

Von einem

entschiedenen Katholiken und eifrigen Patrioten.

Zweite Auflage.

München.
Louis Finsterlin.
1869.

Vorwort zur zweiten Auflage.

Nachdem das Zeitgemäße der hier dem Publikum übergebenen Erörterungen — die zwar bereits vor Monaten niedergeschrieben, jedoch erst vor einigen Wochen veröffentlicht wurden — auch dadurch eine Bestätigung erhalten haben dürfte, daß jetzt schon eine zweite Auflage erforderlich ist, halten wir es für angemessen, die in dem Schriftchen selbst angedeuteten Motive, welche uns zur Abfassung desselben bewogen, vermittelst einiger weiterer Bemerkungen desfalls, noch in Etwas zu vervollständigen.

Ganz abgesehen davon, daß die Verwerflichkeit der von Seiten des Bayerischen Ultramontanismus angestrebten politischen Ziele, wie der zur Erreichung derselben in Anwendung gebrachten Mittel, es uns als eine unabweisbare Pflicht erscheinen ließ, dieses Treiben als unkatholisch, unpatriotisch und unloyal nachzuweisen, glaubten wir aber auch unsern preußischen Glaubensgenossen — deren Zahl beiläufig neun Millionen beträgt — schuldig zu sein, ihre Regierung womöglich davon zu überzeugen, daß dieses in einem Theile Süddeutschlands unter der Firma „katholisch" zu Tage tretende Unwesen, mit dem wahren Geiste der katholischen Kirche nichts zu schaffen habe, sondern im Gegentheile gerade vom strengkatholischen Standpunkte aus beurtheilt, entschieden zu desavouiren sein dürfte.

Gewiß muß es aber als eine, dem blindesten Fanatismus entsprungene, wahrhaft brutale Rücksichtslosigkeit bezüglich der preußischen Katholiken bezeichnet werden, wenn die süddeutschen ultramontanen Blätter sich seit Jahren förmlich zu überbieten bemüht waren, Alles was „preußisch" genannt werden konnte, unausgesetzt mit einer wahren Fluth der pöbelhaftesten Ausbrüche bornirt particularistischer Gehäßigkeit zu überschwemmen, ohne irgend zu bedenken, daß durch ein solches Verfahren —

wenn auch nicht die Verhältnisse der katholischen Kirche als solche — doch die persönliche Stellung unserer katholischen Mitbrüder in Preußen, dem dortigen Gouvernement gegenüber, möglicher Weise in der bedenklichsten Art compromittirt zu werden Gefahr laufe — da es der preußischen Regierung wahrlich nicht zu verübeln sein würde — insofern dieselbe sich veranlaßt sähe, dieses schandbare ultramontane Gebahren für eine naturgemäße Emanation des Katholicismus selbst zu halten — für ihre katholischen Unterthanen keine besonders warme Sympathien haben zu können.

Auch dem etwaigen Platzgreifen einer solchen, für die preußischen Katholiken verhängnißvoll zu werden drohenden, irrthümlichen Ansicht, mußte man daher vermittelst näherer Beleuchtung dieses Getriebes und der Bemühung, vorliegende Erörterungen zur Kenntnißnahme der maßgebenden Kreise zu bringen, vorzubeugen, wie zugleich den bayerischen Ultramontanen anzudeuten suchen, daß es außerhalb ihres beschränkten Horizontes — d. h. jenseits der blau-weißen Grenzpfähle — in Deutschland noch anderweitige Mitglieder der katholischen Kirche gebe, die, wenn auch keine Bayern, doch immerhin einige Berücksichtigung verdienen dürften — obgleich wir von Seiten einer Partei, welche dem Anscheine nach jeder großartigen, edlen Gesinnung entbehrend, sich ausschließlich für ihre eigenen, persönlichen Interessen, und für die vermeintlichen particularen Vortheile ihres engeren Vaterlandes, durchaus aber nicht für die Ehre, die Macht und Größe der deutschen Nation, zu begeistern vermag, auch schwerlich erwarten können, das Wohl und Wehe ihrer preußischen Glaubensgenossen irgend einer Beachtung gewürdigt zu sehen.

Im Februar 1869.

Der Verfasser.

In unserer Zeit allgemeinster Begriffsverwirrung und tiefgreifender politischer und religiöser Zersetzung, aus welcher offenbar mehr oder weniger neue Zustände des äußeren und inneren Daseins sich zu entwickeln verheißen, dürfte es wohl für jeden, dem das zeitliche und ewige Wohl seiner Mitmenschen wahrhaft am Herzen liegt, als unabweisbare Pflicht erscheinen — insofern er sich hiezu irgend befähigt erachtet — wenn auch nicht im Großen und Ganzen, doch vielleicht im Einzelnen, zur Berichtigung weit verbreiteter, irriger Anschauungen und mißbräuchlicher Bezeichnungen, etwas beizutragen, um dadurch so Manchem, welcher bei dem besten Willen im Labyrinth der Gegenwart sich nicht zurechtzufinden im Stande ist, die Orientirung deßfalls womöglich einigermaßen zu erleichtern.

Ohne uns somit hier irgend darauf einlassen zu wollen, sämmtliche heut zu Tage gebräuchlichen, geradezu unzähligen politischen und kirchlichen Schlagworte und Parteinamen nach allen Richtungen hin näher zu beleuchten, wie deren eigentliche Bedeutung und allenfallsige Tragweite zu untersuchen und festzustellen — da dieses uns viel zu weit führen würde — beabsichtigen wir vorläufig nur einmal den ungeheuren Mißbrauch, der unter Anderem mit dem Worte Ultramontan in der Regel getrieben zu werden pflegt, darzuthun, und zugleich den gewaltigen Unterschied, welcher zwischen demjenigen, was man ultramontan zu nennen berechtigt sein dürfte, und demjenigen, was thatsächlich katholisch ist, möglichst überzeugend nachzuweisen.

Bevor wir aber deßfalls auf nähere Erörterungen eingehen, dürfte es angemessen erscheinen, kurz zu bemerken, daß die Bezeichnung „ultramontan“ ursprünglich sich nur auf diejenigen Mitglieder der katholischen Kirche beziehen sollte, welche als unduldsame, beschränkte Zeloten, katholischer sein wollten, wie der Papst zu Rom — während jener Spitzname von den Feinden des Katholicismus dann nach und nach auf alle wahrhaft gläubigen Katholiken übertragen wurde.

Das Böswillige dieser Benennung scheint uns schon in sprachlicher Beziehung nachweisbar — denn wenn die Bedeutung des Wortes „katholisch“ = „allgemein“, auf die Weltstellung hinweist, welche die Kirche nach dem ewigen Rathschlusse Gottes einzunehmen bestimmt ist, und mithin dem Geiste allseitig die weitesten Horizonte in großartigster Weise eröffnet, so soll dagegen die Bezeichnung „ultramontan“ = „jenseits der Berge“, offenbar darauf hindeuten, daß die diesseits der Alpen wohnenden Katholiken — welche dem Wortlaute nach überhaupt nur Ultramontane genannt werden können, obschon man gegenwärtig ganz widersinnig alle Katholiken, die treu an ihrem Glauben halten, so zu tituliren pflegt, — alles Heil für Zeit und Ewigkeit ausschließlich von Rom erwarten, und sämmtliche Ereignisse und Leistungen die in der Welt vorkommen, nur zu würdigen geneigt sind, insofern dieselben der Kirche in irgend einer Weise zum Vortheil zu gereichen versprechen, während sie zugleich das Papstthum als die einzige, wahrhaft berechtigte Autorität auf Erden zu betrachten scheinen.

Allerdings ist auch für uns Katholiken Rom der erhabene Mittelpunkt der kirchlichen Einheit, und verehren wir in der Person des heiligen Vaters den Nachfolger desjenigen der Apostel, dem Christus der Herr die Leitung Seiner Kirche dereinst in feierlichster Weise zu übertragen Sich bewogen fand — von dort aus die maßgebende Entscheidung in Allem, was

den Glauben, die christliche Sittenlehre und die hierarchische, wie die allgemein kirchliche Disciplin, oder die Regelung des Cultus betrifft, erwartend, — ohne uns jedoch zu verhehlen, daß es außer den religiösen auch noch andere, von diesen gänzlich unabhängige Interessen gibt, welche der höchsten Beachtung werth sind — daß neben der katholischen Wahrheit, ebenfalls noch sonstige Quellen der Erkenntniß fließen, die zur intellectuellen Entwickelung des Menschengeschlechtes als unentbehrlich sich darstellen, und demselben zum veredelnden, geistigen Genuß, zum Segen und zum Ruhme gereichen — wie denn die Kirche ja selbst anerkennt, daß mit und neben ihr, auch noch eine andere, zweite Autorität existirt, welche man die „Weltliche" zu nennen pflegt, der in sämmtlichen nicht geistlichen Angelegenheiten zu gehorsamen und sich zu unterwerfen, sie allen ihren Angehörigen zur heiligen, unerläßlichen Pflicht macht.

Doch wie die Ultramontanen — welche leider keine bloße Fiction sind, sondern zum größten Nachtheil der katholischen Sache in der oben angedeuteten Weise thatsächlich eine namhafte, zahlreiche Partei bilden — auf den Staat selbst und alle seine Institutionen und Organe mit entschiedener Geringschätzung herabzusehen pflegen — so wissen diese einseitig verrannten, leidenschaftlichen Eiferer auch nichts von irgend einem großartigen nationalen Patriotismus — welche letztere Eigenschaft jedoch nur unsere deutschen Anhänger der bezeichneten Richtung, insbesondere in Bayern, zu haben scheinen, da z. B. in dem gewiß echt katholischen Frankreich, selbst der fanatischste Vorkämpfer der kirchlichen Interessen, jeden seiner Landsleute mit verdienter Verachtung brandmarken würde, welcher es als wünschenswerth zu bezeichnen wagte, die inneren Angelegenheiten seines Vater=

landes durch Einmischung des Auslandes in dieselben, geordnet zu sehen.

Doch nicht nur in den berührten Beziehungen möchte der Katholicismus und der Ultramontanismus als unendlich verschieden sich darstellen, sondern dürften diese beiden Richtungen — obgleich formell und nominell einer Kirche angehörend — auch ihrer innersten Natur nach, wohl nur wenig mit einander gemein haben.

Wenn der Geist des Katholicismus das Erkenntnißvermögen aller, welche von demselben wahrhaft durchdrungen sind — je nach ihren Fähigkeiten — derartig zu steigern geeigenschaftet ist, daß sie sich dadurch mehr oder weniger in die Lage versetzt fühlen, jedes Ereigniß, jede Erscheinung und jede Leistung im Lichte höherer universeller Bedeutung aufzufassen und zu würdigen — ganz abgesehen davon, ob solche innerhalb oder außerhalb der Kirche zu Tage treten, oder zu derselben in irgend einer Beziehung stehen — so pflegt dagegen der Ultramontanismus erfahrungsgemäß — gleich jedem Fanatismus — die Geisteskräfte seiner Anhänger — selbst wenn dieselben sich ursprünglich ungewöhnlicher natürlicher Gaben erfreuten — durchschnittlich in einem solchen Grade irre zu leiten und zu verkümmern, daß bei ihnen von einer gerechten, unparteiischen Beurtheilung des Vorkommenden nicht mehr entfernt die Rede sein kann, da ihnen von vornherein Alles verwerflich oder doch unbedentend erscheint, was nicht ihren einseitigen Parteizwecken entspricht, welche zu erreichen sie in blindem Eifer nicht selten Wege einschlagen und Mittel in Anwengung bringen, die nur geeignet sind, der Sache, der sie zu dienen wähnen, auf das empfindlichste zu schaden.

In Folge dieses großen Unterschiedes, welcher hinsichtlich der intellectuellen Befähigung des wahren, erleuchteten Katholiken und des eigentlichen verbissenen Ultramontanen thatsächlich besteht, ist es aber gewiß sehr begreiflich, daß auch ihr ganzes Streben und praktisches Wirken — mit Ausnahme ihrer gemeinschaftlichen Bemühungen für Wohlthätigkeits-

Zwecke und Vertretung allgemeiner rein kirchlicher Interessen — in allen anderen Punkten fast diametral auseinander gehen muß.

Während ersterer z. B. es für seine heilige Pflicht erachtet, nicht nur — wie schon bemerkt wurde — das wahrhaft Gute, Bedeutende und Ausgezeichnete, überall wo er dasselbe findet, anzuerkennen, sondern auch dem Prinzip der christlichen Liebe gemäß, stets möglichst versöhnend zu wirken, indem derselbe sehr wohl begreift, daß vermöge ihrer Universalität die katholische Kirche geistig unendlich Vieles umfaßt, was formell und nominell derselben nicht anzugehören scheint — pflegt Letzterer Jegliches mit entschiedener Geringschätzung zu behandeln, was seinen engen Anschauungen nicht vollkommen zusagt, und es zudem nicht selten für seinen besonderen Beruf zu halten, unter dem Vorwande, der sogenannten „guten Sache" zu dienen, Alles ihm Unbequeme, seinen besonderen Zwecken Nichtentsprechende, unausgesetzt bekämpfen zu müssen, und durch ununterbrochenes, möglichst giftiges Hetzen das Reich des in der Welt ohnehin schon bestehenden Unfriedens und allgemeinen Haders noch nach Kräften zu vermehren, und die Gemüther thunlichst gegen einander zu erbittern.

Zugleich scheint dem eigentlichen Ultramontanen die strenge Einhaltung der äußerlichen kirchlichen Normen im religiösen Leben beiweiten die Hauptsache zu sein, und fühlt sich derselbe in der Regel vollkommen befriedigt, wenn nur in dieser Beziehung nichts versäumt wird, ohne sich sonderlich darum zu kümmern, ob die Erfüllung der wesentlichsten Gebote seiner Kirche, die streng sittliche Reinheit, die innere Läuterung, Veredelung und Heiligung des Menschen, mit dieser formellen Correctheit sich irgend in harmonischem Einklange befindet.

Wohl wissen wir Katholiken ebenfalls, daß Allem was unsere Muter, die Kirche, im Bereiche ihrer Autorität befiehlt — auch wenn dasselbe noch so unbedeutend erscheinen sollte — nachgekom-

men werden muß, insofern wir uns als deren treue Kinder zu fühlen berechtigt sein wollen — doch haben wir auch die feste Ueberzeugung, daß mit der pünktlichsten Einhaltung aller formellen Bestimmungen nichts, aber auch gar nichts geschehen ist, insoferne nicht zugleich der Geist des Katholicismus das ganze irdisch Dasein mehr oder weniger verklärt, uud allen Gesinnungen und Handlungen das Gepräge einer höheren Weihe aufdrückt — namentlich aber die Tugend der christlichen Liebe nicht entschieden zum Durchbruch gelangt.

Gewiß wäre es aber nicht nur ungeeignet, sondern geradezu ungerecht, den unwissendsten, ungebildetsten Katholiken, der in den primitivsten inneren und äußeren Verhältnissen lebend, sich redlich bemüht, den Geboten seiner Kirche gewissenhaft nachzukommen, deßwegen ultramontan nennen zu wollen, weil derselbe nicht die Fähigkeit besitzt, über Dinge, welche außerhalb seines beschränkten Gesichtskreises liegen, sich irgend ein richtiges Urtheil zu bilden. Ultramontan wird derselbe erst, wenn er in Folge eigener Verirrung oder äußerer Verleitung sich einzubilden anfängt, daß außer dem Katholicismus eigentlich nichts zu existiren berechtigt sei, und somit es für jeden, der katholischen Kirche Angehörenden als Pflicht sich darstelle, gegen Alles, was nicht ausschließlich speciell kirchlichen Interessen und Anschauungen zu entsprechen scheint, unausgesetzt zu opponiren — außer der kirchlichen Autorität aber — prinzipiell wenigstens — keine Andere anzuerkennen, und diese Ueberzeugung bei jeder Veranlassung thatsächlich zu manifestiren.

Die eigentlichen Ultramontanen dürften demnach in einer gewissen, inneren Wahlverwandtschaft zu den dereinstigen Puritanern stehen, denen sie — ohne deren Lebensstrenge und deren Absonderung von der Mutterkirche zu theilen — doch sowohl hinsichtlich ihres bornirten Fanatismus, ihrer starren Einseitigkeit und Ausschließlichkeit, wie ihres kirchlich nicht selten rein äußerlichen, geistlosen Formalismus — insbesondere aber auch bezüglich ihrer politisch revolutionairen Tendenzen, und ihres

aggressiven Vorgehens gegen die staatliche Autorität, auffallend gleichen.

Dieses **politische Treiben** genannter kirchlicher Genossenschaft muß aber insbesondere als durchaus verwerflich, ja geradezu als „staatsgefährlich“ bezeichnet werden.

Wenn der wahre Katholik in allen seinen Handlungen nicht nur als Christ, sondern auch als Staatsbürger den Geboten seiner Kirche möglichst nachzuleben stets bestrebt sein, und somit nicht versäumen wird, der Weisung unseres Herrn und Heilandes: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers und Gott was Gottes ist“, wie dem Ausspruche des Apostel Paulus „Sich der von Gott verordneten obrigkeitlichen Gewalt (in weltlichen Angelegenheiten) bei Strafe der Verdammniß zu unterwerfen“ auf das gewissenhafteste Folge zu leisten — scheinen jene Aussprüche der heiligen Schrift, für den doch sonst seine kirchliche Correctheit immer so zur Schau tragenden Ultramontanen gar nicht vorhanden zu sein — zu welcher Voraussetzung uns insbesondere die Preßorgane der bezeichneten Richtung in Bayern gewiß vollkommen berechtigen.

In diesen sehen wir alle staatliche Autorität durchschnittlich in einer Weise behandelt, wie Aehnliches wohl nur noch von Seiten der entschiedensten, geradezu auf den Umsturz des Bestehenden hinarbeitenden Blätter der rothen Demokratie vorkommen dürfte.

Nicht das Staatsoberhaupt, nicht die höchsten Räthe der Krone, sind sicher vor den unverschämtesten Bemerkungen und der frechsten Verhöhnung; jede auch rein politische Maßregel der Regierung, die sich nicht des Beifalls der Ultramontanen erfreut, wird von deren Stimmführern in der Presse unausgesetzt verspottet und lächerlich gemacht — wie man denn überhaupt auf dieser Seite sich gebährdet, als ob im Lande eigentlich von Rechtswegen nur die bezeichnete Partei zu decretiren hätte, und alle von den legitimen Behörden ausgeübte Gewalt lediglich auf Usurpation beruhe.

Doch nicht nur die ganze Beamtenschaft, vom Höchsten bis zum Geringsten, wird fast ausnahmslos von den ultramontanen Blättern fortwährend mit der äußersten Mißachtung und Geringschätzung behandelt, und die Mitglieder derselben nicht selten als aller Fähigkeiten, Kenntnisse und Ehrenhaftigkeit entbehrend, dargestellt — sondern auch die verfassungsmäßig gewählten Volksvertreter, wie die Mitglieder der Reichsraths-Kammer — insofern deren Ueberzeugungen und Ansichten den Anschauungen und Wünschen der Ultramontanen nicht vollkommen entsprechen — ohne Weiteres des Hoch- und Landes-Verraths verdächtigt.

Nachdem somit von keinerlei Respect genannter Partei vor irgend einem Träger oder Repräsentanten der staatlichen Autorität die Rede sein kann, sollte man aber doch meinen, daß dieselben wenigstens ihren kirchlichen Vorgesetzten unbedingten Gehorsam zu leisten sich verpflichtet fühlen würde. Doch ist auch dieses keineswegs durchgehends der Fall, da die bezeichnete, nach allen Richtungen hin unbotmäßige, kirchlich-politische Genossenschaft, ebenfalls nicht selten gar keinen Anstand nimmt, auch die Mahnungen ihrer hochwürdigsten Oberhirten, wenn nicht geradezu zu verspotten, doch völlig unbeachtet zu lassen.

Und warum diese besonders in neuerer Zeit fast bis zur Tobsucht gesteigerte Leidenschaftlichkeit der bayerischen Ultramontanen?

Wenn auch nicht einzig, doch vorzüglich deßhalb, weil die Lösung der deutschen Frage nicht in der Weise eingeleitet worden ist, wie solches die genannte, für das katholische (!) Oesterreich einseitig schwärmende Partei, stets gewünscht hatte; weil man von Seiten Bayerns im letzten Kriege nicht glücklich war, und in Folge großartiger Katastrophen und allgemeiner nationaler Krisen — die zu verhindern man sich gar nicht in der Lage befand — gezwungen wurde, eine andere Stellung wie bisher in Deutschland einzunehmen, und es unter den gegenwärtig factisch bestehenden, politischen Verhältnissen, als eine unabweisbare patriotische Pflicht erachtete, sich dem Norddeutschen Bunde

— ohne gerade in denselben eintreten zu wollen — doch durch Erneuerung der Zollverträge und durch Abschließung eines Schutz- und Trutz-Bündnisses mit Preußen, zum materiellen Gedeihen und zur Sicherstellung unseres großen deutschen Gesammtvaterlandes, das Unumgänglich-Nöthigste beizutragen.

Weit davon entfernt irgend zu leugnen, daß außer den Ultramontanen und den eigentlichen, die Republik anstrebenden Demokraten, nicht auch noch unzählige Andere — theils den entschiedenen Particularisten, theils der sogenannten „liberalen Partei", in ihren verschiedenen Abstufungen Angehörigen — über die Ereignisse des Jahres 1866 und deren Folgen — namentlich für die deutschen Klein- und Mittel-Staaten — sich ebenfalls wahrhaft unglücklich fühlten, und dieselben auf das tiefste beklagten — hatte die unberechenbare Mehrzahl dieser sonstigen Unzufriedenen aber doch so viel Einsicht, um zu begreifen, daß den betreffenden süddeutschen Regierungen, bei der factischen Lage der Dinge, gar nichts übrig bleibe, als sich der unerbittlichen Logik der vollendeten Thatsachen zu fügen, wenn nicht die nationale Existenz Deutschlands ernstlich in Frage gestellt werden sollte — während die beiden erst genannten politischen Genossenschaften in blindem Fanatismus um jeden Preis irgend eine Annäherung an das „protestantische" und „reactionäre" Preußen vermieden haben wollte. Abgesehen von allem Anderen muß aber die Alliance, der wir hier begegnen, gewiß als eine höchst originelle bezeichnet werden, da man den sich vor Allem „kirchlich" und „katholisch" nennenden Ultramontanismus, mit dem socialen Radicalismus — dem bekanntlich speciell die „katholische Kirche" ein Greul ist — gegen die süddeutsche Regierungen bezüglich ihrer Haltung in unsern allgemein-vaterländischen Angelegenheiten Hand in Hand sturmlaufen sieht — welche widernatürliche Vermischung der heterogensten Grundprinci-

pien sogar in einzelnen Persönlichkeiten, als geradehin ungeheuerliche Mißgeburten, unter der Bezeichnung von „ultramontanen Clerical=Demokraten“, zur plastischen Anschauung gelangt.

Nicht als ob wir selbst sämmtliche vom bayerischen Gouvernement seit Jahren beliebten Maßregeln — namentlich bezüglich der inneren Landesangelegenheiten — zu bewundern, und uns — als katholischer, hochconservativer Monarchist — mit einem auf Kosten des königlichen Ansehens und der legitimen Regierungsgewalt, immer mehr sich geltend machenden einseitigen Kammerregiment, irgend zu befreunden vermöchten — halten wir es aber doch jedenfalls für eine geradehin unabweisbare Pflicht jedes loyalen Staatsangehörigen, nicht nur allen, nach den nun einmal in seinem engeren Vaterlande zu Recht bestehenden, verfassungsmäßigen Bestimmungen zu Stande gekommenen Gesetzen und Beschlüssen, sich ohne Weiteres zu unterwerfen, sondern auch jeder aufregenden Opposition dagegen zu entsagen — vorausgesetzt, daß dieselben in das Rechtsgebiet der Kirche in keiner Weise eingreifen.

Wenn demungeachtet von Seiten der ultramontanen Partei, namentlich in Bayern, das diametrale Gegentheil davon geschieht, indem die Führer und Vorkämpfer derselben, in der Presse und sonst, Alles aufbieten, um nach jahrelanger Bemühung die staatliche Autorität und ihre amtlichen Organe — die sogenannten „gestickten Krägen“ — bezüglich deren politischen und kirchlichen Haltung theilweise allerdings Vieles zu wünschen übrig bleiben dürfte — im Allgemeinen thunlichst zu discreditiren und zu verdächtigen — jetzt auch noch durch unausgesetztes Agitiren und Hetzen das Volk gegen sämmtliche durch die königliche Regierung und die Kammern gemeinschaftlich beschlossenen politischen Maßnahmen aufzustacheln, und dem

Anscheine nach nichts Geringeres beabsichtigen, als dasselbe wo möglich zu allgemeiner Unbotmäßigkeit zu veranlassen, ja, vielleicht sogar zur Steuer- und Rekruten-Verweigerung zu bewegen — so kann man ein solches Getriebe doch wohl nicht anders als „Aufreizung zur Rebellion“ nennen, und müßen wir loyalen Katholiken uns gegen jede Betheiligung, oder auch nur gegen die entfernteste Billigung ähnlicher revolutionärer Bestrebungen feierlichst verwahren.

Allein nicht nur durch Verfolgung derartiger, verwerflicher Ziele, sondern auch durch die zur Erreichung derselben nicht selten in Anwendung gebrachten Mittel der Lüge, der Verläumdung, der böswilligsten Entstellung und der allgemeinsten Verdächtigung, vereint mit der maßlosesten Gemeinheit und dem frechsten Cynismus der Sprache, dürften die eigentlichen ultramontanen Blätter der katholischen Sache unendlich mehr schaden, wie sämmtliche anderen, theilweise von ihren entschiedensten Gegnern redigirten Preßorgane, da alle der Kirche nur formell Angehörenden, wie alle außerhalb derselben Stehenden, in Folge dessen sich nicht nur von diesem unwürdigen und unverantwortlichen Gebahren, sondern auch von der ganzen durch ein solches Getriebe scheinbar repräsentirten kirchlichen Richtung überhaupt, mit Ekel abwenden — ohne — bei dem allgemein herrschenden Mangel der nöthigen Kenntnisse gerade in dieser Beziehung — nur zu ahnen, daß ihnen hier nicht der Geist des Katholicismus, sondern lediglich die Karrikatur desselben — die blinde Leidenschaftlichkeit des Ultramontanismus — entgegentritt.

Wir Katholiken dürften demnach wohl vollkommen berechtigt sein, bezüglich einer solchen Sachlage auszurufen: „Gott bewahre uns vor ähnlichen Freunden, mit unsern Feinden werden wir schon fertig werden!“

Wenn somit die katholische Kirche — welche ohne Frage die großartigste Erscheinung seit dem Bestehen

der Welt genannt werden muß — **in ihrer höchsten Idealität,** einem im reinsten Lichte verklärten Götterbilde der erhabensten Schönheit, voll majestätischem, ehrfurchtgebietendem Ernst und hinreißender, herzgewinnender Milde gleicht — so versteht es doch der Ultramontanismus in seiner extremsten Verirrung, jenen Inbegriff alles Verehrungs- und Bewunderungs-Würdigen — unerachtet seines äußeren Zusammenhanges mit demselben — bis zur Gestalt eines hohnlachenden Satyrs, voll Bosheit und Schadenfreude, ja, in einzelnen Fällen sogar bis zur wuthschnaubenden Teufelslarve zu verzerren.

Wie jedoch das Gebahren der ultramontanen Presse bezüglich ihres Verhaltens gegen die Staatsregierung, als durchaus verwerflich sich darstellt, so liefert deren unausgesetzt gepredigter, an Wuth grenzender Haß gegen Alles, was sich über die kleinlichsten, partikularistischen Interessen erhebt, und unser allgemeines deutsches Vaterland — wenn auch mit möglichster Aufrechthaltung der Klein- und Mittelstaatlichen Selbstständigkeit — zu einer Weltmacht ersten Ranges umzuschaffen verspricht — den Feinden der katholischen Kirche die gefährlichsten Waffen, um dieselbe als **Hauptgegnerin** der endlichen Realisirung jenes nationalen Gedankens, zu bekämpfen, welcher seit dem Erlöschen der deutschen Reichseinheit, die erleuchtesten, edelsten Männer unseres Volkes, wie einen Stein, Stolberg, Arndt, Hardenberg, Gneisenau, Radowitz und so viele andere, begeisterte. Doch auch der in Folge dessen mit scheinbarer Berechtigung der ganzen kirchlichen Partei gemachte Vorwurf des vollständigsten Mangels an Patriotismus — der „Vaterlandslosigkeit" — trifft nicht die Katholiken, sondern nur die Ultramotanen Deutschlands, welche —

wie schon früher bemerkt wurde — diese schönen (!) Eigenschaften vor ihren Parteigenossen aller anderen Nationalitäten, voraus haben.

Aber auch zur Vertretung und Vertheidigung rein kirchlicher Interessen, dürfte das Verfahren der Ultramontanen in der Regel wenig geeignet sein, der Sache, welcher man zu dienen bestrebt ist, irgend zum Vortheil zu gereichen.

Eine solche von Privaten ausgehende Vertretung und Vertheidigung, kann offenbar nur auf theilweisen Erfolg hoffen, wenn dieselbe ungewöhnliche Sachkenntniß mit unzweifelhaft reiner Absicht verbindet, und zudem in der ruhigsten, würdigsten Weise statt findet — nicht aber dadurch, daß man vor Allem sich bemüht, das Streben seiner Gegner als Ergebniß vollkommen bewußter, unmoralischer, durchaus verwerflicher Tendenzen zu brandmarken, und dieselben unausgesetzt mit einer wahren Fluth von Spott und Mißachtung zu überschütten, insbesondere wenn diese Gegner, vermöge ihrer amtlichen Stellung, die höchste staatliche Autorität repräsentiren. Auch ist die Bearbeitung der Massen, zu systematischer Organisirung und demonstrativem Vorgehen, bezüglich allenfallsiger, das Recht der Kirche bedrohender Regierungs-Maßregeln, gewiß nicht das geeignete Mittel, um dieselben rückgängig zu machen, da die Meinung der in solchen Dingen durchschnittlich völlig urtheilsunfähigen Menge, hier nicht maßgebend sein kann, und zudem das Gouvernement in der Regel keineswegs geneigt sein dürfte, sich in solchen Fragen, so zu sagen, Gewalt anthun zu lassen.

Die legitime Vertretung aller katholischen Interessen kommt offenbar weit aus in erster Linie, dem hochwürdigsten Landes-Episcopate zu, dem die hohe, providentielle Mission geworden, die Kirche Christi, unter päpstlicher Auspicienz, zu regieren, und dieselbe nöthigen Falls gegen jeden Angriff muthvoll zu vertheidigen — während es vor Allem die Aufgabe der anderen Gläubiger sein dürfte, sich unter allen Um-

ständen ihren Oberhirten vertrauensvoll anzuschließen, und deren Bemühungen in geeigneter Weise nach Kräften zu unterstützen — durch welches völlig correcte, wohl organisirte Vorgehen allein ein für die Kirche ersprießliches Resultat in ähnlichen Conflicten sich hoffen läßt.

Wie es jedoch den Hochwürdigsten Bischöfen einerseits obliegt, jeden ungehörigen Uebergriff der Regierung in das Gebiet der Kirche entschieden zurückzuweisen, und alle ihnen zustehenden Mittel in Anwendung zu bringen, um die Rechte und Befugnisse derselben gegen unzulässige staatliche Anmassung und bureaukratische Vexation, möglichst zu schützen — wobei selbstverständlich jeder Appell an die Revolution, als dem Geiste des Christenthums absolut widersprechend, ausgeschlossen bleiben muß — so dürfte es andererseits aber auch wohl als eine kaum abzuweisende Pflicht genannter Kirchenfürsten erscheinen, die ihrer geistlichen Obhut und Leitung unterstellten Gläubigen soviel wie möglich davon abzuhalten — unter dem Vorwande oder in dem Wahne, der katholischen Sache dadurch zu dienen — das Volk gegen die demselben von Gott gesetzte Obrigkeit aufzuhetzen, wie den Regierungen, vermittelst unablässiger Verdächtigung und Verspottung aller staatlichen Autorität die Lösung ihrer Aufgaben thunlichst zu erschweren, ja, in manchen Fällen vielleicht geradezu unmöglich zu machen — und solche Ausschreitungen — wo dieselben auch vorkommen mögen — auf das entschiedenste zu mißbilligen — da es das allgemeine, natürliche Rechtsgefühl offenbar tief verletzen müßte, von Seiten jener geweihten Oberhirten ihre geistliche Machtvollkommenheit stets nur dazu in Anwendung gebracht zu sehen, den etwaigen Uebergriffen der weltlichen Behörden in kirchliches Gebiet entgegen zu treten, und alle, das katholische Bewußtsein verletzende Auslassungen, zu verdammen, ohne ihrem Clerus und ihren Diöcesanen gegenüber — selbst bei deren unverantwortlichsten Einmischuug in die Angelegenheiten des Staates, und dem unwürdigsten, geradezu

revolutionären Gebahren derselben — jemals ein ernstes Wort des Tadels vernehmen zu lassen.

Dieser Anforderung der Gerechtigkeit scheint uns aber in neuerer Zeit — wenn auch vielleicht nicht in ganz angemessener Form — der hochwürdigste Bischof Heinrich von Passau dadurch entsprochen zu haben, daß derselbe — unbekümmert um das vorauszusehende, allgemeine Geschrei fanatischer Zeloten — keinen Anstand nahm, das Getriebe der ultramontanen „Donauzeitung" „als den katholischen Glauben entehrend, beschimpfend und schändend", feierlichst „zu verwerfen, zu verurtheilen und zu verdammen", — welches in unsern Tagen wahrhaft „apostolisch" zu nennende Verfahren — ohne Menschenfurcht und sogenannte Parteirücksichten — wenn auch nicht sofort — doch ohne Zweifel dereinst noch zur angemessensten Abwehr alles Dessen, was sich äußerlich katholisch nennt, ohne es innerlich zu sein, im Bereich der ganzen Kirche zum Wohl und zur Purification derselben, die allgemeinste Nachahmung finden dürfte.

Gewiß würden sich aber auch jetzt schon dieser Erklärung des genannten Kirchenfürsten — insoferne solche das ganze ultramontane Unwesen betrifft — die Mehrzahl seiner hochwürdigsten Amtsbrüder, wie ein großer Theil des Clerus und uuzählige urtheilsfähige Laien angeschlossen haben, wenn nicht eben in Oesterreich uud in einigen anderen Staaten Süddeutschlands, die Regierungen im Begriff wären, die Kirche und die Katholiken gleichmäßig in der rücksichtslosesten, unverantwortlichsten Weise zu behandeln, und man daher nicht zu glauben sich veranaßt fühlte, daß augenblicklich — zur Zeit des entbranntesten Kampfes der geistlichen Autorität gegen die angestrebte Staatsomnipotenz — schwerlich der geeignete Moment sein dürfte, von der in ihrer Art allerdings mächtigen ultramontanen Genossenschaft sich loszusagen, und dadurch die eigene Partei namhaft zu schwächen — ohne daß wir jedoch diese Ansicht und Befürchtung irgend zu theilen ver-

mögen. Uns erscheint es im Gegentheil unzweifelhaft, daß die Kirche Christi, von dem ihrer innersten göttlichen Natur so sehr widerstrebenden ultramontanen Wust der beschränktesten Anschauungen, der niedersten, maßlosesten Leidenschaftlichkeit, und des allseitigsten revolutionären Gebahrens — vereint mit der pöbelhaftesten Sprache — befreit, zu neuer Schönheit erblühen, und ihren Gegnern durch die dann erst wieder zu Tage tretende, erhabene Majestät ihre Erscheinung, ganz anders zu imponiren verspräche, wie dieses in ihrer derzeitigen Verunstaltung möglich war.

Ja, wir sind sogar davon überzeugt, daß durch Verwerfung des geschilderten Ultramontanismus von Seiten des ganzen hochwürdigsten Episcopates, die betreffenden Regierungen sich sofort in nicht geringe Verlegenheit versetzt sehen dürften, da ihnen hiedurch offenbar ein wesentlicher Theil des vermeintlichen Rechtsbodens, auf welchen dieselben ihr übelwollendes, nicht selten sogar feindliches Verfahren gegen die Kirche und die ihr Angehörenden, basiren zu können glauben, gleichsam unter den Füßen weggezogen werden, und in Folge dessen der circulus vitiosus, in dem mehr oder weniger sich die kirchlich staatlichen Wirren und Zerwürfnisse zu bewegen pflegen, gewißermaßen seine Lösung finden würde.

Ganz abgesehen von dem eigentlichen Rechtspunkte, dürften aber die Anforderungen der höchsten Staatsweisheit den Regierungen gebieten — in religiöser Beziehung stets über den Parteien stehend, — die verschiedenen christlichen Culte nicht nur nach den augenblicklich vorhandenen, oft mangelhaften gesetzlichen Bestimmungen, zu behandeln, sondern soviel wie irgend thunlich, dafür Sorge zu tragen, das zu ihrer vollen Freistellung etwa noch Fehlende, möglichst zu ergänzen, und somit deren unbedingte Autonomie, wie deren organische Entwickelung — je nachdem die eigenthümlichen Bedürfnisse derselben dieses irgend als wünschenswerth erscheinen lassen — angelegentlichst zu

protegieren — in Folge dessen ein Hauptgrund der allgemeinen Mißstimmung und Unzufriedenheit im Lande beseitigt werden, die weltliche Autorität sich aber zugleich moralisch in erhöhtem Grade befugt fühlen würde, dann auch jede ungeeignete Einmischung von kirchlicher Seite in speciell staatlichen Angelegenheiten, auf das Entschiedenste zurückzuweisen, wie gegen jeden Versuch, das Ansehen der Obrigkeit zu schwächen und zu erschüttern, unnachsichtlichst einzuschreiten.

Wenn es somit im eigenen, allseitigen Interesse des Staates liegen dürfte, den verschiedenen Religionsgenossenschaften in ihrem Bereiche die freiste Bewegung zu gestatten, und stets nach den Principien der strengsten Parität zu verfahren — so wird sich auch nicht verkennen lassen, daß außer den rein kirchlichen und den rein staatlichen Angelegenheiten, es ebenfalls noch Fragen gemischter Natur giebt, die gleichmäßig in das religiöse wie in das politisch-sociale Leben des Volkes eingreifen, und daher gewiß auch nur durch gemischte, aus Bevollmächtigten der Regierung und des hochwürdigsten Landes-Episcopates zusammengesetzte Commissionen, eine angemessene, allgemein befriedigende Lösung finden können.

Zu solchen Angelegenheiten gemischter Natur gehört aber ohne Zweifel unter Anderem auch die beabsichtigte Reform der Schule, zu deren Regelung die betreffenden Gesetzentwürfe aus den verschiedenen Cultusministerien einseitig hervorgegangen, einen großen Theil der Bevölkerung Bayerns und Badens gegenwärtig in die gerechteste Aufregung versetzen — während diese hochwichtige Frage in Oesterreich — ohne irgend eine Berücksichtigung des einstimmigen oberhirtlichen Protestes, und der wohlbegründetsten, gewichtigsten Einwendungen und Bedenken, welche außerdem die durch Talent und Kenntnisse ausgezeichnetsten Männer des Kaiserreichs dagegen vorzubringen sich ver-

pflichtet fühlten — gleich jeder anderer, ausschließlich der inneren oder äußeren Politik angehörenden Maßnahmen, auf sogenanntem „verfassungsmäßigem Wege", durch Zustimmung der Kammer-Majoritäten und Sanctionirung des Monarchen, nach den Principien unumschränkter „Staatsomnipotenz", entschieden, und dadurch der katholischen Kirche wie dem religiösen Bewußtsein aller guten Katholiken, von Seiten der weltlichen Autorität auf die widerrechtlichste, empörendste Weise in's Gesicht geschlagen wurde.

Obgleich wir nun neuerer und neuester Zeit in ähnlichen Beziehungen auch in Bayern nach allen Richtungen hin die wunderbarsten, unglaublichsten Dinge erlebt haben, so können wir doch nicht für möglich erachten, daß unsere Regierung ebenfalls in der Schulfrage die Erklärung des hochwürdigsten Landes-Episcopates völlig unbeachtet lassen, und diese Angelegenheit eben so einseitig und gewaltsam behandeln werde, wie solches in genanntem Nachbarstaate geschehen ist — sondern erwarten von derselben zuversichtlich, in Folge jener oberhirtlichen Verwahrung, den vorliegenden Schulgesetz-Entwurf — der zudem auch im ganzen Lande — laut bereits bei 4000 dagegen eingegangenen Adressen — perhorrescirt zu werden scheint — zurückgezogen, und statt dessen eine neue, den kirchlichen wie den staatlichen Rechtsansprüchen und Interessen gleichmäßig Rechnung tragende Vorlage, aus den Berathungen einer, in oben angedeuteter Weise zusammengesetzten, gemischten Commission, hervorgehen zu sehen — auf welchem Wege allein das große Problem, für die Bildung und Erziehung der Jugend genügend zu sorgen, eine allseitig entsprechende Lösung zu finden hoffen darf.

Allerdings ist die Stellung der katholischen Kirche eine wesentlich andere, wie diejenige, welche die Protestantische dem Staate gegenüber einnimmt, da Letztere in der Person des Lan-

desherrn nicht nur ihre weltliche, sondern — als summus episcopus — auch ihr geistliches Oberhaupt verehrt, und mithin durchaus nicht berechtigt ist, gegen kirchliche, im Namen des Regenten erlassene Verfügungen zu remonstriren oder zu protestiren — nichts desto weniger würde es aber doch sowohl die Billigkeit, wie die Staatsklugheit, dringendst empfehlen, bei solchen Berathungen eines neuen Schulgesetzes, nicht nur katholische sondern auch protestantische Theologen hinzuzuziehen, was zudem der hochwichtigen Sache, um die es sich hier handelt, nur zum Vortheil zu gereichen verspräche.

Uebrigens sollte man meinen, daß überhaupt eine, in jeder Beziehung befriedigende Regelung der confessionellen Verhältnisse in den süddeutschen Staaten, nicht all zu schwierig sein dürfte, nachdem der hochwürdigste Bischof von Mainz, Freiherr von Ketteler — gewiß eine hochachtbare, ächt katholische Autorität — sich dahin ausgesprochen, „daß die bereits in Preußen verfassungsmäßig bestehenden Bestimmungen zur Feststellung der Verhältnisse zwischen Staat und Kirche, die magna charta des religiösen Friedens für das religiös gemischte Deutschland genannt zu werden verdinen" — und man somit jenen, in dieser Weise gleichsam als „approbirt" zu betrachtenden Bestimmungen, ja nur eine allgemeine Geltung zu geben brauchte, um bezeichnete Angelegenheit auch bei uns ein für alle Mal vollkommen befriedigend geordnet zu sehen, ohne befürchten zu müssen, daß durch eine ähnliche Freistellung der Kirche, wie solche in Preußen gewährleistet ist, die Machtvollkommenheit der bayerischen Regierung in der ihr zustehenden Sphäre, irgend beeinträchtigt, oder wichtige Kronrechte empfindlich verkürzt werden dürften, da wenigstens — so viel uns bekannt — in Folge dieser Zugeständnisse, weder das preußische Gouvernement sich besonders geschwächt fühlt, noch das

monarchische Princip und das königliche Ansehen im genannten Großstaate dadurch übermäßig Schaden gelitten hat.

Ganz ähnlich dürfte es sich aber auch speciell mit der Schulfrage verhalten, die in Preußen ebenfalls bereits zur vollen Zufriedenheit der Kirche, in der Art geordnet worden ist, daß man, unerachtet mancher auch dort vorgenommenen zeitgemäßen Reformen, doch die Einwirkung des Clerus auf den Volksunterricht und die Volkserziehung, keineswegs in engherziger Weise zu beschränken sich veranlaßt fand — ohne dadurch die Verdummung, Entsittlichung und allgemeine Verwahrlosung der katholischen Bevölkerung genannten Staates irgend befördert zu sehen — sondern im Gegentheile die Genugthuung hatte, der befriedigendsten Resultate bezüglich der Wirkung dieses Verfahrens auf die allgemeine intellectuelle Bildung und die moralische Hebung der Maßen sich zu erfreuen. Hinsichtlich jener preußischen Schulgesetze bemerkt aber der hochwürdigste Bischof von Limburg in einer Ansprache an seine Diöcesanen, „daß in Preußen der katholischen Kirche auf die Oberleitung und Ueberwachung des Volksschulwesens, ein größerer Einfluß eingeräumt werde, als dieses bisher irgendwo anders der Fall sei" — welche unverdächtige, von competentester Stelle gegebene Erklärung, vereinigt mit den günstigen Erfolgen des dort befolgten Systems, unsere Regierung doch auch wohl zu dem Entschluß veranlaßen könnte — mit Vermeidung aller ferneren gefährlichen Experimente deßfalls — diese sich in Preußen allseitig bewährenden Bestimmungen, wenn auch für Bayern nicht pure anzunehmen, doch solche wenigstens als principielle Grundlage der in dieser Angelegenheit zu eröffnenden, gemeinschaftlichen Berathungen, zu adoptiren.

Doch alle Unbilden, welche der katholischen Kirche wie den Katholiken auch widerfahren oder in Aussicht gestellt sein mögen, rechtfertigen nicht entfernt das oben geschilderte Gebahren der ultramontanen Presse, deren Streben — gerade vom katholischen

Standpunkte aus beurtheilt — unter allen Umständen ein durchaus verwerfliches genannt zu werden verdient.

Abgesehen von deren bereits geschilderten, völlig ungeeigneten Verfahren der Regierung gegenüber, können wir uns aber auch unmöglich mit der vielfach verbreiteten Ansicht befreunden, daß die Katholiken in Folge der allerdings oft empörenden Angriffe, welche von gegnerischer Seite unausgesetzt gegen sie jelbst, wie gegen ihre Kirche gemacht werden — zu deren Verschärfung man sich nicht scheut, alle erdenklichen Mittel der Entstellung, der Lüge, der Verläumdung, der Verdächtigung und der persönlichen Beschimpfung in Anwendung zu bringen — vollkommen befugt seien, ihren Feinden nichts schuldig zu bleiben, sondern denselben die von ihnen erlittenen Kränkungen und Beleidigungen, mit vollkommen gleicher Münze zurückzubezahlen.

Gerade in dieser differirenden Ansicht dürfte aber einer der Hauptunterschiede zwischen dem liegen, was wir als katholisch und als ultramontan zu bezeichnen uns veranlaßt fühlen.

Während die Katholiken sich allerdings ebenfalls nicht nur für berechtigt, sondern sogar für verpflichtet erachten werden, allen derartigen unbegründeten Beschuldigungen auf das entschiedenste entgegen zu treten, und deren Unwahrheit nachzuweisen, wie die unreinen Motive und verwerflichen Tendenzen, denen solche Angriffe, Anfeindungen und Beleidigungen in der Regel zu entspringen pflegen, möglichst überzeugend darzulegen und schonungslos zu kennzeichnen, ohne jedoch dabei in ähnliche Gemeinheiten zu verfallen und sich derselben Mittel zu bedienen, wie dieses ihnen gegenüber von Seiten ihrer Widersacher geschieht — nehmen die Ultramontanen keinen Anstand, mit diesen ihren Gegnern sich auf völlig gleicher Basis zu stellen, ja bemühen sich wohl gar dieselben, wenn irgend thunlich, noch im Cynismus der Sprache, in den gehässigsten Persönlichkeiten, an wahrhaft bübischer Verhöhnung, und den ausgesuchtesten, boshaftesten Invectiven zu überbieten —

wie überhaupt jeder denkbaren Rücksicht und Schicklichkeit völlig zu entsagen.

Wie es der katholischen Kirche aber nicht gestattet ist, zur Abwehr staatlicher Uebergriffe in die Sphäre der ihr allein zustehenden Wirksamkeit, andere Mittel als die des feierlichsten Protestes, der Warnung und der ernsten Ermahnung ihrer Oberhirten, vereinigt mit den entsprechenden kirchlichen Censuren, und unterstützt durch den passiven Widerstand der Gläubigen in Anwendung zu bringen, ohne jemals befugt zu sein, zur gewaltsamen Widersetzlichkeit, zum Aufruhr, ihre Zuflucht zu nehmen, oder den Katholiken als solchen das Recht zuerkannt werden kann, den Regierungen gleichsam als Vergeltung erlittener Unbilden, durch gänzlich ungehörige Einmischung in Angelegenheiten, deren Erledigung ausschließlich der weltlichen Autorität obliegt, oder durch systematisches Wühlen und Hetzen, in politischer Beziehung dem Gouvernement in und außerhalb des Landes, möglichst große Schwierigkeiten zu bereiten, so darf auch — nach unserer Ueberzeugung — die katholische Partei unter keinen Umständen sich soweit vergessen, um ihre Gegner in ganz gleicher durchaus verwerflicher Weise zu behandeln, wie solches bezüglich ihrer in der Regel zu geschehen pflegt, da sich dieselbe hiedurch dermaßen degradirt, daß sie in Folge dessen nicht nur nichts mehr vor allen anderen Parteien voraus hat, sondern in Erwägung der ungleich höheren Ansprüche, die man an sie naturgemäß zu machen berechtigt ist — weit unter dieselben herabsinkt.

Wenn die genannten, für die Kirche allein zu ihrer Vertheidigung zulässigen Mittel, verbunden mit einem allerdings unabläßigen und energischen, doch nur mit geistigen Waffen ritterlich zu führendem Kampfe, gegen ihre mannichfachen Widersacher keinen Erfolg haben, und von Seiten der Regierungen zur Durchführung widerrechtlicher Maßregeln, brutale Gewalt eintritt, dann bleibt ihr und ihren Angehörigen nichts übrig, als sich diesem, durch göttliche

Zulassung über sie verhängten Martyrium — wenn auch nicht schweigend, doch widerstandslos — zu unterwerfen, und dadurch der Welt den Beweis zu liefern, daß **im wahren Christenthum**, und somit auch in der **echten Katholicität**, ein unendlich höherer, **total anderer** Geist waltet, wie in alten sonstigen Systemen, Institutionen und Parteien der realen Wirklichkeit.

Dieses sind gerade die Principien, welchen die katholische Kirche von Anbeginn ihres Bestehens, wie zur Zeit ihrer reinsten Verklärung, entschieden huldigte, und denen sie — wenn auch nicht selten durch menschliche Leidenschaftlichkeit getrübt, und momentan sogar scheinbar verleugnet, — es doch hauptsächlich verdankt, aus allen Verfolgungen und Kämpfen, im Großen und Ganzen, schließlich stets unüberwunden und siegreich hervorgegangen zu sein, und sich im Laufe der Jahrhunderte zu immer überragenderer Bedeutung, bis zur imposantesten geistlichen Macht des Erdkreises, entwickelt zu haben.

Die Correctheit obiger Anschauungen, von irgend einer competenten Seite angefochten zu sehen, dürften wir kaum befürchten müssen, und nehmen daher auch keinen Anstand, Alles was mit denselben in directem Widerspruche steht, als unchristlich und unkatholisch zu bezeichnen.

Was nun aber die vorzugsweise politischen Ansichten und Bestrebungen der bayerischen Ultramontanen, speciell bezüglich der Stellung, welche nach ihrer Meinung alle wahren Katholiken zur deutschen Frage einzunehmen verpflichtet sein sollen, betrifft, scheinen uns dieselben im Allgemeinen ein völlig unbegreifliches Vermischen der verschiedenartigsten Dinge, zu beurkunden, wie nicht selten an Rebellion und Vaterlandsverrath zu streifen.

Oder dürfte es nicht als völlig unverständlich erscheinen, wenn man von Seiten der extremsten Vertreter genannter Partei

ganz ernsthaft die Behauptung aussprechen hört, daß man unmöglich ein guter Katholik sein könne, insoferne man es nicht als eine Art von Glaubensartikel betrachte, die inneren Verhältnisse Deutschlands gerade so wieder hergestellt und für immer aufrecht erhalten zu sehen, wie solche zur Zeit des dereinst allgemein mit Spott und Mißachtung überschütteten, seligen Bundestages, vor dem Jahre 1866, bestanden?

Was in aller Welt hat denn der Katholicismus überhaupt mit der „deutschen Frage" zu schaffen? — und warum sollen denn — falls man wirklich so naiv ist, so zu sagen das Seelenheil jedes Einzelnen davon abhängig machen zu wollen, ob derselbe sich für die Restitution des Welfenhauses, des in Deutschland stets allverehrten (!) Kurfürsten von Hessen, des Herzogs von Nassau, und der den katholischen Interessen jeder Zeit so warm ergebenen (!) Freien Reichsstadt Frankfurt, zu begeistern vermag — gerade diejenigen, dynastisch-territorialen Verhältnisse unseres allgemeinen Vaterlandes, wie solche auf Napoleonischen Grundlagen, durch die vermittels aller erdenklichen Intriguen des Auslandes beeinflußten Beschlüsse des Wiener Congresses, zur äußersten politischen Schwächung Deutschlands, festgestellt wurden, als besonders geheiligtes noli me tangere ewiger Rechtszustände betrachtet werden?

Will man für jeden Katholiken Deutschlands es durchaus als unerläßliche Bedingung bezeichnen, zur Manifestation seiner correcten Katholicität, vor Allem sich die Wiederherstellung der ursprünglichen Rechtszustände unseres Vaterlandes angelegen sein zu lassen, und dafür mit Aufbietung aller Mittel wirken zu müssen — was wir selbst jedoch als baaren Unsinn betrachten — so dürften solche, auf viel soliderer Basis historisch organischer Entwickelung gestützte Rechtszustände, weit eher vor dem Jahre 1803 sich darbieten, bevor man es zum Wohle unseres Vaterlandes für unerläßlich erachtete, eine ganze Reihe souveräner Fürsten und Herren, nebst

vielen freien Reichsstädten, selbstständigen Bisthümern und Abteien — deren Ansprüche eben so gut waren wie diejenigen der im Jahre 1866 entfernten Dynastien — gewaltsam zu mediatisiren — oder vor dem Westphälischen Frieden, welcher ebenfalls in Folge des dreißigjährigen Krieges bedeutende Veränderungen der Rechtszustände Deutschlands herbeiführte, während es — um mit wahrhaft deutscher Gründlichkeit zu verfahren und ganz sicher zu gehen — eigentlich angezeigt sein würde, dann deßfalls lieber gleich bis zur Entstehung des deutschen Reiches unter Carl dem Großen, zurückzugreifen, der, nach Beseitigung der einzelnen Nationalherzoge, die Landesverwaltung und Regierung durch seine hohen Beamten — die Gau- und Send-Grafen — besorgen ließ, welcher letztere Vorschlag — ohne daß wir selbst die Ausführung desselben irgend wünschen — allein noch eine gewisse Raison für sich hätte, da man in Folge dessen doch zugleich auch die Herstellung der ursprünglichen Reichseinheit in Aussicht genommen sähe, deren Erneuerung — nachdem die Carolinger schon vor beiläufig tausend Jahren ausgestorben sind, die Habsburger aber der Kaiserwürde entsagt haben — als factisch weitaus mächtigstem deutschen Fürstengeschlechte, naturgemäß der Dynastie Hohenzollern zufallen würde.

Politik und Religion stehen nach dermaliger Lage der Dinge offenbar nur dann in einem gewissen Zusammenhange, wenn es sich darum handelt, durch einen Wechsel des Staatsoberhauptes die Verhältnisse irgend einer Religionsgenossenschaft voraussichtlich mehr oder weniger geändert, beziehungsweise, empfindlich verschlimmert zu sehen, und würde es demnach z. B. für einen Katholiken geradezu unverantwortlich, ja, ein wahrer Verrath zu nennen sein, wenn derselbe irgend etwas dazu beitragen wollte, sein Vaterland in eine abhängige Lage zur russischen oder italienischen Regierung zu bringen, da diese beiden Gouvernements es

sich notorisch zur Aufgabe gemacht zu haben scheinen, nicht nur die katholische Kirche selbst möglichst zu unterdrücken und auf das infamste zu mißhandeln, sondern auch ihre katholischen Unterthanen — namentlich russischer Seits — persönlich in der grausamsten Weise zu verfolgen und zu maltraitiren.

Was es aber für einen katholischen Bayern für ein Verbrechen sein soll, in vollkommenem Einklange mit seinem Könige und dessen Ministerium, zur unerläßlichen Herstellung deutscher Einheit, eine gewisse Annäherung seines engeren Vaterlandes an das mächtige Preußen, für höchst wünschenswerth, ja geradezu für unumgänglich nothwendig zu halten, erscheint uns um so unverständlicher, als es ja längst bis zur unumstößlichen Evidenz erwiesen worden, daß die katholische Kirche sich in genanntem deutschen Großstaate einer ungleich bedeutenderen Freiheit und eines ganz anderen Schutzes erfreut, wie dieses in Bayern der Fall ist.

Im diametralen Gegensatz zu den Anschauungen der ultramontanen Partikularisten Bayerns, möchten wir es — ganz abgesehen von allem Andern — im wahren Interesse unserer katholischen Sache, daher ein besonders erfreuliches Ereigniß nennen, wenn vermittelst näherer Beziehungen zu Preußen, die dort geltenden confessionellen Bestimmungen auch auf unser engeres Vaterland übergingen, und dadurch die Kirche von engherziger bureaucratischer Bevormundung erlöst, endlich zu derjenigen Freiheit gelangte, welche derselben zur vollen Erfüllung ihrer großartigen göttlichen Mission durchaus unentbehrlich ist.

Vom rein katholischen Staudpunkte aus beurtheilt, wird aber selbstverständlich stets diejenige Regierung als die beste anerkannt werden müssen, welche der katholischen Kirche die vollste Autonomie in allen ihr speciell zustehenden Angelegenheiten staatsrechtlich gewährleistet, wie derselben den ausgiebigsten Schutz ange-

deihen läßt — ohne daß es in dieser Beziehung irgend relevant erscheint, ob der Regent und die Dynastie eines Landes, wo solches der Fall ist, persönlich der katholischen oder der evangelischen Glaubensgenossenschaft angehört.

Die allgemeine Richtigkeit der Behauptung, daß die Kirche in dem Staate eines Souverains, der anderen religiösen Ueberzeugungen huldigt, ja sogar außerhalb jeder christlichen Gemeinschaft steht, sich einer ungleich gerechteren Behandlung erfreuen kann, wie in den Reichen manches Namens-Katholiken, dürfte auch besonders noch dadurch in äußerst frappanter Weise erhärtet werden, daß z. B. die Mönche des unirten, armenischen Klosters St. Lazaro bei Venedig — in katholischem wie in eigenem wohlverstandenem Interesse — Gott danken, nicht unter dem katholischen Könige von Italien, sondern unter dem oberherrlichen Schutze seiner muhamedanischen Hoheit des Großsultans zu Constantinopel, zu stehen, da sie sonst, gleich so vielen Tausenden ihrer Brüder, längst ihres Eigenthums beraubt, aus ihrem geheiligten Asyl vertrieben und gleich Missethätern hilflos in die Welt hinausgestoßen worden wären — während diese christlichen Priester jetzt, — Dank der Ehrenhaftigkeit ihres türkischen Protectors — unter dem mächtigen Schirm der über ihren Häuptern flatternden Halbmond-Flagge, sich der vollsten Sicherheit erfreuend, ihren gelehrten Studien in klösterlicher Beschaulichkeit, Ruhe und Andacht, völlig ungestört nachleben zu können, in der Lage sind. —

Bezüglich der oben erwähnten, an Rebellion und Vaterlandsverrath streifenden Haltung der ultramontanen Partei hinsichtlich der „deutschen Frage," dürfte es aber zum Beweis der Richtigkeit dieser Bemerkung wol genügen, wiederholt darauf hinzuweisen, daß das Streben derselben — im Bunde mit den weit umsichtigeren Socialdemocraten, welche aus einer allgemeinen Umwälzung, die Republik hervorgehen zu sehen hoffen, — offenbar dahin gerichtet ist, die betreffenden Re-

gierungen, durch unausgesetzte Bearbeitung und Aufhetzung der urtheilsunfähigen Massen, zu zwingen, dem mit Preußen abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse gegebenen Falls keine Folge zu leisten, sondern sich vielmehr einer zwischen Oesterreich und Frankreich wo möglich zu Stande zu bringenden Alliance — unterstützt von der in den neuen preußischen Provinzen anzufachenden Revolution — anzuschließen, um jene ihnen bis zur Phrenesie verhaßte deutsche Großmacht, wenn irgend thunlich, zu zertrümmern, und durch einen derartigen Versuch voraussichtlich eine Katastrophe heraufzubeschwören, deren verhängnißvoller Verlauf für unsere ganze Nation wie für alle einzelnen Volksstämme derselben, sich jeder Berechnung entzieht.

Ob diese Absicht genannter Genossenschaft irgendwie zu billigen oder auch nur zu entschuldigen ist, überlassen wir unbedenklich der Beurtheilung jedes Ehrenmannes; wir selbst gestehen aber offen, daß uns dieselbe sowohl vom katholischen und allgemeinchristlichen, wie vom deutsch-nationalen, ja sogar von bayerisch-partikularistischen Standpunkte aus betrachtet, nicht nur als durchaus verdammlich, sondern auch im eigenen Interesse zugleich als höchst gewagt, ja als völlig aussichtslos sich darstellt — da es immerhin sehr zweifelhaft sein dürfte, ob ein in ähnlicher Weise entzündeter großer Krieg, gerade den Verlauf nehmen würde, wie man ultramontanerseits sich dieses sicher einzubilden scheint, — während in Folge dessen jedenfalls über unser Gesammtvaterland die furchtbarsten Leiden jeder Art hereinzubrechen drohten — den Mittelstaaten aber zuversichtlich bevorstände, aus einem solchen Kampfe ihre Regenten entweder — wie zur Zeit des Rheinbundes — als gänzlich unselbstständige, willenlose Vasallen des dann auf dem Continente wieder allein dominirenden und dictirenden Frankreichs — als demüthige Recrutenlieferanten für die unaufhör-

lichen Kriege der „Großen Nation," hervorgehen zu sehen — oder selbst als preußische Provinzen in Deutschland fort zu existiren.

Um jedoch das bezüglich des ultramontanen Treibens Gesagte nicht nur zu behaupten, sondern auch als unumstößlich wahr und richtig nachzuweisen, halten wir es für unerläßlich, die letzten Jahrgänge des Hauptorgans der bezeichneten Partei in Bayern — des „Volksboten" — ein wenig durchzunehmen, und, soweit es thunlich, die besonders characteristische Auslassungen dieses sich katholisch nennenden Blattes — mit angemessenen Bemerkungen begleitet — wörtlich wiederzugeben.

Allerdings fühlen wir uns durchaus nicht veranlaßt, hiebei irgend eine Zurückhaltung zu beobachten, sondern erachten es für völlig angemessen, bei Besprechung der hier gegebenen Proben aus einer Zeitung, deren leidenschaftliche Maßlosigkeit in Form und Inhalt schwerlich noch zu überbieten sein möchte, uns ebenfalls ziemlich unumwunden auszudrücken, und demnach Alles so zu bezeichnen, wie solches außer uns jedem Unbefangenen als vollkommen gerechtfertigt erscheinen dürfte, während wir uns zugleich bestreben werden, bei dieser Gelegenheit vielleicht auch manche ziemlich allgemein verbreitete irrthümliche Anschauungen, womöglich in Etwas zu berichtigen.

In welcher Weise der „ehrenwerthe" Volksbote mit der Wahrheit umspringt, wenn es gilt, ihm verhaßte Persönlichkeiten möglichst zu discreditiren und so viel wie irgend thunlich, der allgemeinsten Verachtung Preis zu geben, ersehen wir gleich aus einer in jenem Blatte vom 1. Januar 1866 enthaltenen Mittheilung, die sich derselbe angeblich aus Dresden machen läßt, welche wörtlich lautet, „daß, während Richard Wagner Hunderttausende von Gulden aus der königlichen Cabinetscasse verbraucht, und neuerdings jährlich 8000 fl. — wo nicht mehr — ausgesetzt erhalten hat," seine in genannter Hauptstadt Sachsens lebende Frau „von

der dortigen Polizei monatlich einen Thaler Almosen erhalte, um ihr Dasein zu fristen."

Es genirt denselben dann durchaus nicht, am 16. Januar im Namen jener von Seiten ihres Gemahls angeblich so schändlich behandelten Frau erklären zu müssen, „daß sie von ihrem Manne eine Sustentation erhalte, die ihr eine sorgenfreie Existenz gewähre," und am 21. Februar sich genöthigt zu sehen, ein amtliches Zeugniß der Armenversorgungspflege in Dresden zu veröffentlichen, laut dessen die gestorbene Ehegattin des Kapellmeisters Wagner „zu keiner Zeit von genannter Stelle Unterstützung beansprucht, sondern sich bei ihren Lebzeiten stets in keineswegs bedrängten Umständen befunden habe," welcher Thatbestand zum Ueberfluß auch noch durch eine Erklärung des Hausarztes der Verewigten als vollkommen richtig bestättigt wird. — Wie pflegt man denn dergleichen frech in die Welt hinausgeschriebene, falsche Nachrichten zu nennen?

Zur Characterisirung sowohl des blinden Fanatismus, wie des completten Mangels jeglicher nur annähernd richtiger Beurtheilung der damaligen politischen Verhältnisse von Seiten des „Volksboten," wollen wir hier eine Reihe besonders bezeichnender Auslassungen desselben, bezüglich Preußens, zusammenstellen, die zugleich geeignet sein dürften, die wahrhaft bübische Art, mit welcher dieses Blatt ziemlich Alles von ihm Erörterte zu behandeln, und die cynische Sprache, deren man sich dabei zu bedienen pflegt, einigermaßen zu veranschaulichen.

Um die fast an Verrücktheit grenzende Verachtung und Geringschätzung, mit der genannte deutsche Großmacht von Seite dieses Blattes zu jener Zeit unausgesetzt behandelt ward, und den ungemessenen Spott und Hohn, welche dasselbe über die preußische Armee fortwährend auszuschütten für angemessen erachtete, in ihrer vollen Infamie zu würdigen, muß man sich

nur entsinnen, daß damals, als diese Auslassungen geschrieben wurden, besagte Armee, im Vereine mit Oesterreichs tapfern Heere, in Schleswig-Holstein bereits die glänzendste Bravour bethätigt, und die deutschen Waffen durch eine Reihe glorreicher Siege zu hohen Ehren gebracht hatte, welches jedes deutsche Herz mit stolzem Selbstgefühl erfüllte. Die verstockte, niederträchtige Ignorirung solcher außerordentlicher Leistungen genannter deutscher Krieger, solcher nationaler Triumphe, wird nur noch übertroffen durch die lächerliche Zuversicht, mit welcher der, nach seiner Meinung Alles stets mit unfehlbarer Sicherheit voraussehende „Volksbote" — im Falle eines Krieges — die furchtbarsten Niederlagen der Preußen als eine ausgemachte Sache darzustellen, und die Zertrümmerung und Theilung des Staates der Hohenzollern, als demnächst bevorstehend, zu verkünden keinen Anstand nahm. Wenn überhaupt vorauszusetzen wäre, daß eine derartige Preßpersönlichkeit sich noch zu schämen vermöchte, so müßte der Volksbote — nachdem bezüglich dieser seiner albernen Prophezeiungen in jeder Beziehung das absolute Gegentheil eingetroffen ist, vor Scham geradezu in die Erde sinken, oder nach einer solchen colossalen Blamage doch mindestens darauf verzichten, in politischen und militärischen Angelegenheiten ferner noch jemals mitreden zu wollen.

So lesen wir in genannter Beziehung am 22. Januar:

„Die preußische Eisenfresserei ist man schon so gewohnt, daß kein Mensch mehr einen Batzen darauf giebt, während gleichzeitig — unerachtet alles Abscheues vor einem Bruderkrieg — fast überall mehr oder weniger die Ansicht sich geltend macht, daß die berliner Großmäuligkeit nicht eher Ruh gibt, als bis sie einmal — was vor 17 Jahreu leider versäumt worden — ganz miserabel und derb durchgehauen wird."

Dann heißt es weiter am 23. Januar bezüglich einer Erklärung der „Börsenzeitung“ die kriegerischen Aussichten betreffend:

„Nun, das nennt man den Mund vollnehmen! Wahrlich man thut in Berlin sein Bestes, damit die Schleppsäbel von Jena nicht vergessen werden“ — „Falls es aber wirklich zum Raufen kommen sollt, dann wollen und müssen wir nur wünschen, daß die Sach doch auch ordentlich ausgerauft würde, und daß man nicht wieder nach einer Schlacht von Bronzell so gefällig sei, die Pickelhauben sich „auf ihren Etappenstraßen zurückziehen“ zu lassen, sondern daß man ein für allemal dem preußischen Kukuk die Flügel rechtschaffen stutze, beziehungsweise ihm alle „erworbenen Federn ausrupfe“. — Wenn Preußen sich ähnliche Ziele gesetzt — und wie es vermöge der Erfolge gekonnt — auch zur Ausführung gebracht hätte, dann würde mancher der deutschen Mittelstaaten sich jetzt einigermaßen in der Mause befinden, da auch ihnen wahrlich nicht alle Federn in denen sie prangen, aus eigenem Fleische gewachsen, oder ausschließlich durch Erbschaft und Heirath zugegangen sind.

Ferner lesen wir am 8. März unter Andern:

„Die preußischen Trompeten blasen, aber nicht zum Losgehen, sondern zum vollen Rückzuge. Je größer der Posaunenlärm und das Säbelgerassel geewsen, womit man von Berlin aus die ganze Zeit her — ungeachtet des Sprüchworts: „Bange machen gilt nicht“ thatsächlich bange zu machen versuchte, um so mehr verfällt dieses Gebahren jetzt der wohlverdienten europäischen Lächlichkeit“. — „Nach der europäischen Blamasch des Säbelgerassels werden die Herren sich jetzt möglicherweise auf das innere Düppel zurückziehen“. Allerdings ist es dann etwas anders gekommen, und das Lachen den Gegnern Preußens später einigermaßen vergangen, während dem wohlverdienten europäischen Gelächter nur diejenigen verfallen sind, welche sich — gleich dem „Volksboten“ — bei dieser Gelegenheit durch Offenbarung höheren politischen Blödsinns in seltener Weise zu blamiren so unglücklich waren.

Ohne jedoch alle weiteren Aeußerungen ähnlicher stupider Verbissenheit — von welcher in dieser Beziehung zur damaligen Zeit fast jede Nummer gedachten Blattes zu wimmeln pflegte — hier ausführlich registriren zu wollen, da solches eine allzu widerliche und langweilige Arbeit sein würde, begnügen wir uns damit, desfalls nur noch einige Proben von der außerordentlichen Urtheilsfähigkeit, dem feinen Anstande und dem guten Geschmacke jenes ultramontanen Organes zu bringen — und da lesen wir denn unter Anderm, „daß Graf Bismarck vom hohen Roß herunter und sich begnügen muß, einen bescheidenen Klepper zu reiten;" — „daß die angekündigte Produktion der Controllversammlungen, für wenig mehr als ein Berliner Kommödiantenstückl anzuschlagen sei, nach der Melodie: „Jungens blost die Backen auf, damit das Regiment ein Ansehn krigt;" — „daß den Herren in Berlin jetzt vor den Folgen ihres eigenen Schleppsäbelgerassels — (welches dem Volksboten damals unaufhörlich im Kopfe herumgerappelt haben muß) bange wird, die gemeint haben, Oesterreich durch Großmäuligkeit ins Bockshorn jagen und der ganzen Welt vor dem „herrlichen Kriegsheere" Angst machen zu können" — unzähliger anderer Sottisen und Gemeinheiten ähnlicher Sorte — deren Ekel erregende Lächerlichkeit dann durch den weiteren Verlauf der Dinge erst ins volle Licht trat — gar nicht zu gedenken.

Etwas specieller müssen wir jedoch dann wieder eine Bemerkung des „Volksboten", bezüglich einer seinen Lesern mitgetheilten Cabinetsordre: daß die Fußtruppen der preußischen Armee langschäftige Stiefeln zu erhalten haben — besprechen, welcher derselbe wörtlich hinzufügt: „Doch nicht damit die Preußen auf der Retirade schneller laufen können!? — ob etwa auch die Hosenknöpfe auf Cabinetsordre größer gemacht werden müssen, verlautet noch nicht."

Was für eine bübische Niederträchtigkeit dazu gehört, wenn ein Deutscher sich nicht schämt, deutsche Krieger, welche vor wenigen Monaten erst durch glorreiche Thaten die

glänzendsten Beweise ihres Muthes und ihrer Tapferkeit gegeben, in dieser nichtswürdigen Weise der Feigheit zu verdächtigen, bedarf keiner weiteren Bemerkung — und dürfte eine derartige Infamie in unserm Vaterlande — Gott sei Dank — auch ziemlich vereinzelt dastehen, da unsers Wissens, Aehnliches sonst nirgends vorgekommen, indem während des Krieges sogar die Sieger ihren bereits besiegten Landsleuten niemals der Muthlosigkeit bezüchtigen, sondern im Gegentheil — mit wenigen Ausnahmen — deren überall gezeigte Bravour, anzuerkennen, keinen Anstand nahmen, wohl fühlend, daß dadurch nur die eigene Nationalität geehrt werde.

Bezüglich des in Berlin zur Ermordung des Grafen Bismark gemachten Attentats, äußert der fromme „Volksbote": „Schad um die Kugeln!" Das Sprüchwort sagt: „Wer gehängt werden soll, ersäuft nicht."

Mit Uebergehung einer dann folgenden, ganzen Reihe von Artikeln, in denen sich der „Volksbote" nach Art der bereits in dieser Beziehung oben gegebenen Proben, erschöpft, seine Verachtung der preußischen Regierung, des preußischen Volkes und der preußischen Armee, in allen denkbaren Tonarten und Variationen zu wiederholen, wie die Zertrümmerung genannter deutscher Großmacht, als unzweifelhaft darzustellen und dadurch seinen bornirten Fanatismus immer auf's Neue zu manifestiren — begegnen wir am 18. Juni eine nicht uninteressante Zusammenstellung der Kräfte, welche sich eben zu messen im Begriff waren, und da lesen wir denn: „daß die Mittel- und Klein-Staaten, die sich für Oesterreich erklären, mehr als 15 Millionen ausmachen, während der preußische Raubvogel Alles in Allem noch kaum $18\frac{1}{2}$ Millionen zählt" — woraus hervorgeht, daß Preußen, um nicht durch kolossale Uebermacht erdrückt zu werden, sich, wohl oder übel, genöthigt sah, vermittelst einer Alliance das

allerdings bestehende, ungeheure numerische Mißverhältniß zu seinen Gegnern, einigermaßen auszugleichen. Doch war solches, selbst durch das Bündniß mit Italien, nur in sehr ungenügender Weise zu ermöglichen, da Oesterreich zu 36 und seine Alliirten zu 15 Millionen gerechnet, über eine Bevölkerung von 51 Millionen — Preußen aber, nebst Italien, zu 20 Millionen angeschlagen, nur über 38½ Millionen, — also um 12½ Million weniger wie seine Feinde — zu verfügen hatte. — Doch dieses uur, um zu zeigen, wie albern es war, dann später stets über die furchtbare numerische Uebermacht Preußens zu jammern.

Um diese Zeit erlaubt sich der „ehrenwerthe Volksbote" auch eine Bemerkung bezüglich einer zwar nicht genannten, doch hinlänglich gekennzeichneten Allerhöchsten Person, die wir aber zu sehr an Majestätsbeleidigung streifend erachten, uui solche hier abermals abdrucken zu lassen.

Nachdem der „Volksbote" sich dann am 3. Juli — dem Tage der Schlacht von Sadowa — über den Berliner Jubel, in Folge „der preußischen Siegesberichte, deren Aufschneiderei (!) nicht nur das Mögliche sondern geradezu Preußisches liefern", lustig macht — wendet sich sein Zorn gegen die Bayrische Kriegführung, indem derselbe — als eben so großer Stratege wie als voraussichtlicher Staatsmann — genau angibt, was von Seiten des bayerischen Oberkommandirenden hätte geschehen müssen, um die braven Hannoveraner zu retten — und nachzuweisen sich bemüht, „welche unbegreifliche Fehler — wenn nicht Schlimmeres — statt gefunden haben", daß dieses nicht geschehen ist.

Den 10. Juli wird in der Besprechung des gleichen Themas fortgefahren, und da heißt es denn unter Anderm: „Da gilt es und muß es gelten, die offenbaren Unfähigkeiten — insofern keine schlimmere Bezeichnung am Platz ist — zu entfernen, und Fähigere an die Stelle zu setzen, deren es doch hoffentlich noch geben wird — Personen, die augenscheinlich nicht

wissen, ob sie den Gaul beim Kopf oder beim Schweif aufzäumen sollen, können kein Vertrauen einflößen, sondern das was ganz oder größten Theils in ihre Hände gelegt ist, nur zum Unheil führen.“ Dann wird weiter, bezüglich des bayerischen Oberkommandos bemerkt: „Unsere Truppen sind planlos oder planmäßig hin und her geführt worden, um nichts zu leisten, selbst in den letzten Tagen, wo es zu einem wackern Gefecht bei Roßdorf gekommen, sind sie in dem Augenblicke zurückbeordert worden, wo ein vollständiger Sieg so gut wie in ihren Händen war. — In Oesterreich werden die Generale Henickstein und Krigmaniez — die schwerlich halb so Großes auf sich haben — vor ein Kriegsgericht gestellt — was geschieht denn in Bayern?

Am 12. Juli äußert der „Volksbote“: Von einem zum anderen Tage steigert sich der Verdacht, daß verrätherische Schurken an Plätzen sich finden, wo man sie nicht vermuthete“, worauf dann gleich am 13. mit Riesenfettschrift bemerkt wird: „Chef des Generalstabs der bayerischen Armee ist der General von der Tann — dies sagt uns an und für sich schon genug!“

Am 14. wird abermals genannter General möglichst verdächtigt, indem der „Volksbote“ so frech ist, die Berechtigung zu einem solchen Verfahren daraus abzuleiten, „daß im ganzen Lande deßfalls die gleichen Anschauungen allgemein verbreitet seien“ — obwohl derselbe sehr gut weiß, daß diese Anschauungen größtentheils erst in Folge der unausgesetzten, infamen Auslassungen seines „Hetz-Blättls“ Platz gegriffen hatten. Den 26. lesen wir bezüglich der großen Flucht bei Hünfeld: „Als Feldgeschrei erschallte laut von den vor Wuth knirschenden Flüchtlingen: „Wir sind verrathen und verkauft!“ was diese sonst so tapferen Krieger allerdings zu glauben leicht veranlaßt werden konnten, nachdem der „Volksbote“ es sich förm-

lich zur Aufgabe gemacht zu haben schien, den bayerschen Truppen solches mit wahrem Feuereifer einzureden, und in ihnen womöglich jedes Vertrauen zu ihren Führern gänzlich zu vernichten.

Daß der Volksbote gerade so operirte, wundert uns nicht, da allgemeines Hetzen und Verdächtigen, ja als dessen Hauptmetier zu bezeichnen sein dürfte — wie wir es denn auch ganz natürlich finden, wenn ein solches Bestreben genannten „ehrenwerthen" Blattes, in vorliegendem Falle die verderblichsten Folgen haben mußte, indem dadurch das Volk geängstigt, die Armee aber mehr oder weniger demoralisirt wurde — völlig unbegreiflich erscheint es uns aber, daß die Staatsregierung einen derartigen Unfug duldete — während doch schon der alte Blücher in seiner derben Manier dereinst deßfalls sehr richtig gesagt haben soll: „Wenn die Kanonen zu sprechen anfangen, hat das Federvieh bei Todesstrafe zu schweigen".

Allerdings ist dann bezüglich des „Volksboten" von Seiten der Geschworenen — die komischer Weise, nicht sowohl über die, dem Redacteur genannten Blattes zur Last gelegten „Amtsehren-Beleidigung" begangen gegen den den General von der Tann, sondern vielmehr über die Fähigkeiten und Leistungen bezeichneten hohen Militairs selbst, zu Gericht saßen — das Nichtschuldig ausgesprochen — was jedoch nicht all zu viel bedeuten will, da bekannklich unzählige, äußerst bedenkliche, ja sogar staatsgefährliche Personen in der Welt herumlaufen, ohne daß die Behörden einen ausreichenden Rechtsgrund geltend zu machen vermöchten, um deren Treiben ein verdientes Ende zu bereiten.

Von der gänzlichen Unfähigkeit, Situationen nur einigermaßen richtig beurtheilen zu können, liefert uns der „Volksbote" unter Anderm auch dadurch einen neuen glänzenden Beweis, daß er in seinem blinden Fanatismus damals verlangte, ganz Bayern — wie Anno 1809 Tyrol bezüglich der Feinde Oester-

reichs — gegen das Vorrücken der Preußen, durch einen Landesvertheidigungs-Ausschuß, systematisch zu insurgiren — natürlich, weil zwischen Bayern und Tyrol gar kein Unterschied, weder hinsichtlich der Bevölkerung noch der Terrainverhältnisse, stattfindet! — Die Befolgung einer so hirnverbrannten Idee, würde Bayern zur rauchenden Wüste gemacht, und unter den zu jener Zeit factisch bestehenden Verhältnissen — nachdem das besiegte Oesterreich bereits um Frieden unterhandelte — demselben unfehlbar seine Selbstständigkeit gekostet haben.

Am 11. August bis zum 3. November bemerken wir folgende, täglich „wiederholte Frage" — mit Riesenfettschrift gedruckt — „Kann der General Fuchs noch länger im Commando gelassen werden? und bis wann wird man denselben vor ein Kriegsgericht stellen?" Die passendste Antwort hierauf wäre ohne Zweifel gewesen: Allerdings, bis es Seiner Majestät dem Könige gefallen dürfte, in Folge amtlicher Erhebungen in jener Angelegenheit zu entscheiden, was jedenfalls — ganz unbekümmert um das Geschrei des naseweisen Volksboten — zur rechten Zeit geschehen wird.

Am 23. August bringt genanntes Blatt einen langen, gänzlich vagen, lediglich auf unbestimmte Vermuthungen basirten Klatsch bezüglich einer höchst verdächtigen Begegnung des Generals von der Tann und des Legationsrathes von Dönniges — augenscheinlich in der Absicht, das bereits verbreitete, allgemeine Mißtrauen, wo möglich noch mehr zu steigern.

Am 1. November bemerkt der „Volksbote" offenbar in derselben „patriotischen" Absicht, „der preußische Gesandte Prinz Reuß ist wieder hier eingetroffen, ganz so, wie er's im Juni bei seiner Abreise gesagt hatte. Er hat eben zum Voraus Bescheid gewußt!"

Vom 4. November halten wir es für angezeigt, als Beispiel mit welchem bübischen Hohne die ultramontanen Preßorgane die höchsten Räthe der Krone zu behandeln pflegen, folgende Notiz

anzuführen: „Bei dem Gerechtigkeits-Obermeister" — dem damaligen Justizminister von Bomhard — „dem frommen Manne, ist vor zwei Tagen, alldieweil nach dem Dichter Virgilius, „solcher Zorn in himmlischen Gemüthern wohnt", nicht Conventikel, sondern hochnothpeinlicher Rath gehalten, ob man den leidigen Volksboten denu nicht greifen könne? — doch der Schluß ist Ergebung in den berliner Spruch „es jinge wohl, aber es jeht nicht!" —

Am 8. sieht sich der „Volksbote" genöthigt, nachdem derselbe den tendentiösen Klatsch verbreitet hatte, daß der ehemalige Leib-Reitknecht S. M. des Königs, Joseph Völk, zum Schloßverwalter in Neuburg an der Donau, mit einem Gehalte von 1800 fl. ernant worden sei, die amtliche Berichtigung zu bringen, daß besagter Völk nicht eine Anstellung als Schloßverwalter mit 1800 fl., sondern als Schloßdiener mit 350 fl. Gehalt nebst 50 fl. Holz- und Licht-Aversum, erhalten habe.

Den 4. Januar 1867 bringt das Blatt die Anzeige, daß der bisherige Stadtrichter Graf Taufkirchen zum Ministerialrath im Ministerium des Aeußern ernannt worden sei — mit der verächtlichen Bemerkung: „Außerdem haben jedoch auch noch einige Umsetzuungen der Mobilien in diesem Ministerium stattgefunden."

Am 18. äußert der „Volksbote" bei Gelegenheit der Nachricht, daß der Prinz Wilhelm von Baden, „der im letzten Bundesfeldzug die badische Division so famos angeführt hat, für seine geleisteten Dienste mit Ernennung zum preußischen General-Lieutenant belohnt worden sei" — „sollten billiger Weise die Verdienste anderer Größen nicht auch noch preußisch belohnt werden? oder ist dieses wohl schon im Stillen geschehen?"

Am 14. März wird es für anständig erachtet, der Erwähnung des Entwurfs einer allgemeinen Seuchenordnung anzufügen: „Beiläufig bemerkt wird übrigens, die politische Syphilis, weil sie keine Thierseuche ist, in dieser

Seuchenordnung nicht inbegriffen, so daß also die zweibeinigen Fortschrittler nicht für sich bange zu sein brauchen".

Den 22. zeigt sich der Volksbote ganz wüthend über das mit Preußen abgeschlossene Schutz- und Trutz-Bündniß, und sagt unter Anderm bezüglich der Bemerkung, daß Fürst Hohenlohe jenen Vertrag bereits vorgefunden, und daher mit vollendeten Thatsachen zu rechnen habe — „Ja, aber — wie rechnen? Dem Volksboten will es bedünken, daß ein bayerischer Minister vor Allem bayerische Politik zu treiben hat — weder großpreußische, wenn auch unter dem Titel „deutsche", noch österreichische, noch französische oder russische" (doch wohl ein kleiner Unterschied!) „sondern bayerische — die Politik des Souverains-dessen Vertrauen ihn berufen und des Landes, aus dessen Steuern er bezahlt wird" — doch hoffentlich nicht mit völliger Preisgebung der deutschen Sache und unserer allgemeinen nationalen Interessen, da dieses einem Verrath am Vaterlande — welches nicht nur das kleine Bayern, sondern, mit des „edelen" „Volksboten" Erlaubniß — das große Deutschland ist — gleichkommen würde, und uns in eine Stellung zu bringen verspräche, die jeder Patriot als den engherzigsten, schmählichsten Partikularismus zu verabscheuen nicht umhin könnte, während es Pflicht unserer bayerisch-deutschen Staatsmänner war, die möglichste Wahrung der Selbstständigkeit unseres engeren Vaterlandes, mit der Sicherstellung Gesammtdeutschlands in Einklang zu bringen.

Auch wird es als ganz etwas Unerhörtes, geradezu Unduldbares bezeichnet, daß die bayerische Armee im Kriegsfalle unter preußischem Oberbefehl zu stehen habe. Als ob die bayerische Armee, als Rheinbunds-Contingent, nicht ebenfalls unter anderem — damals unter französischem — Oberkommando gestanden, und dann später den

Befreiungskrieg nicht — so gut wie die Preußen — unter der oberen Leitung des zum Generallissimus des alliirten Gesammtheeres ernannten österreichischen Feldmarschalls, Fürsten Schwarzenberg, mitgemacht hätte, und zur Zeit des deutschen Bundes nicht deßgleichen verpflichtet gewesen sein würde, sich im Kriegsfalle einem zu erwählenden Bundesfeldherrn unterzuordnen. Meint der gute „Volksbote" etwa, daß es billiger und den realen Machtverhältnissen angemessener gewesen wäre, im Falle eines Nationalkampfes, die preußische Armee bayerischem Obercommando zu unterstellen? oder würde derselbe es vielleicht für zweckmäßiger halten, wenn jeder deutsche Einzelnstaat in einem dereinstigen Kriege, auf eigene Faust, ohne gemeinschaftliche Führung, zu operiren sich veranlaßt sähe? — Beides scheint uns durchaus nicht unmöglich, nachdem wir von dieser Seite jene Bestimmung des Alliance-Vertrages sogar als eine Verletzung der Bayerischen Verfassung, als eine gewaltsame unerhörte Schmälerung der Souveränetät des Hauses Wittelsbach, als eine Art Rebellion gegen das legitime Staatsoberhaupt, bezeichnet finden, was es auch in der That sein würde, wenn in dieser Beziehung irgend eine persönliche Nöthigung stattgefunden hätte — während gegenwärtig, gerade umgekehrt, jeder Versuch, in die von Seiten unseres Obersten Kriegsherrn bereits getroffenen Dispositionen, bezüglich der Verwendung und des Oberbefehls der bayerischen Armee, einreden, und das desfalls bestehende Kronrecht irgendwie beschränken zu wollen, eine freche Anmaßung, ein durchaus strafwürdiges Unterfangen genannt werden muß — da lediglich der Monarch zu bestimmen hat, ob seine Truppen in einem Kriegsfall, unter den Oberbefehl des Königs von Preußen, oder eines sonstigen Führers, gestellt werden sollen.

Am 9. April speit der „Volksbote" so zu sagen, Feuer und Flammen gegen diejenigen Kammermitglieder, welche ihre deutsch-patriotische Gesinnung dadurch zu manifestiren sich gedrängt fühlten, daß sie dem zwischen Preußen und Bayern bestehenden Schutz- und Trutzbündnisse, schon in der Luxemburger Frage practische Geltung gegeben zu sehen wünschten — von ihm höhnisch „die 115 Gut- und Bluteinsetzer" genannt — während derselbe am 17. bezüglich derselben Angelegenheit sagt: „die Preußen haben kein Mittel gescheut, den Krieg des vorigen Jahres herauf zu beschwören; sie scheuen abermals keines, um Europa in Brand zu stecken, denn wir wiederholen es mit Nachdruck, das Verbleiben der preußischen Besatzung in Luxemburg ist eine Herausforderung an Frankreich. Entbrennt der Krieg darüber, so trägt Preußen allein die Schuld."

Nachdem aber dann Preußen, zur Vermeidung dieses vielfach so gefürchteten Krieges — vorzüglich in Erwägung, daß die süddeutschen Staaten zu einem Kampfe damals gänzlich ungerüstet waren — es für allzu gewagt erachten mochte, außer der eigenen ausgedehnten Landesgrenze, auch noch die, den Angriffen Frankreichs so sehr ausgesetzten Territorien jener Staaten allein zu vertheidigen, und sich demnach mit schwerem Herzen entschloß, in jenem drohenden Conflicte nachzugeben, und seine Besatzung zurückzuziehen, schämten sich dieselben Parteien, welche einen großen Krieg wegen Aufrechthaltung des preußischen Garnisonsrechts in Luxemburg bisher als im höchsten Grade frivol, ja als völlig unverantwortlich bezeichnet hatten, doch nicht, die Erfüllung ihrer heißesten Wünsche deßfalls, von Seiten genannter deutscher Großmacht, dann später, nachdem die Gefahr vorüber, eine „unwürdige Feigheit", eine „nationale Schmach" zu nennen — obgleich sie selbst sehr wohl wußten, daß dieses Verfahren hauptsächlich durch die damalige völlige Wehrlosigkeit der Alliirten Preußens, veranlaßt worden sei.

Wenn dann jedoch der Volksbote, bezüglich einer angeblichen Erklärung Preußens „daß es unter den damaligen Verhältnissen Deutschland nur bis Mainz, aber nicht weiter südlich, zu decken im Stande sein würde" — fragt: „Was ist dann aber das ganze Schutz- und Trutzbündniß für uns werth? Was ist die Garantie des bayerschen Gebiets werth? Etwa mehr als der Klang eines schlechten Hellers, oder wie viel weniger?" so geht daraus nur hervor, daß er von dem Wesen eines derartigen Bündnisses nicht den geringsten Begriff hat, da dasselbe Preußen unmöglich die Verpflichtung auferlegen kann, die mit ihm verbündeten Staaten — gleich Kleinkinderbewahranstalten — ganz allein zu schützen, sondern unter allen Umständen deren eigene Wehrhaftigkeit voraussetzt, um solche dann durch ausgiebige Hilfeleistung, durch Entsendung preußischer Armeecorps, in angemessener Weise zu verstärken. Auch wird dieses von den betreffenden Regierungen selbstverständlich gar nichts anders aufgefaßt, in Folge dessen dieselben eifrigst bestrebt sind, ihre eigene Wehrkraft möglichst zu erhöhen, und vermittelst Reorganisirung und Vermehrung ihrer Armeen stets selbst über eine achtunggebietende Macht, nicht nur zum Schutz des eigenen Staates, sondern zur Vertheidigung Gesammt-Deutschlands, verfügen zu können — was sehr überflüssig sein würde, wenn die Ansicht der Volksboten-Partei irgend richtig wäre, da man ja dann vermöge der betreffenden Schutz- und Trutzbündnisse, die Berechtigung hätte, von Preußen zu verlangen, jeden Krieg, der ganz Deutschland oder einen Theil desselben bedrohte, ohne irgend eine Beihilfe der mit ihm alliirten Mittelstaaten, ganz allein auszufechten.

Am 28. April, wie in vielen früheren und späteren Blättern, bringt genanntes ultramontanes Preßorgan andauernd wahrhaft wuthschnaubende Berichte — angeblich aus Hannover — deren Maßlosigkeit, Leidenschaftlichkeit und Gemeinheit bezüglich Preußens und seines Monarchen, alles Denkbare übersteigt, und daher — abgesehen von deren Länge — gleich wie die eigenen, so zu sagen

„täglich" wiederkehrende, bübische Spöttereien und wahrhaft pöbelhaften Ergüsse des „ehrenwerthen" Volksboten in gleicher Beziehung, hier nicht wiedergegeben werden können.

Am 30. finden wir — nach umständlicher Aufzählung aller Verwandten des Grafen Taufkirchen, welche zufällig in Preußen leben — folgende Bemerkung: „Hier haben wir ja ähnlich wie beim Fürsten Hohenlohe" — dessen Familie ebenfalls im genannten Staate begütert ist — „die natürliche Anlehnung an Preußen" — und wird dann gerathen, „statt dieser beiden Herren, doch lieber gleich ein paar Persönlichkeiten direct aus Berlin zu verschreiben, um das dreistöckige Haus am Promenadeplatz (das Ministerium des Aeußern) noch schneller entbehrlich zu machen als es bereits schon jetzt in Aussicht steht."

Am 6. Mai erzählt das genannte Blatt, daß ein Kraft von Hohenlohe — dazu von Oesterreich veranlaßt — während eines Krieges versuchte, den Kaiser Ludwig den Bayern in einem Hause, worin derselbe übernachtete, mit Bewaffnettn zu überfallen, und das Gebäude in Brand zu stecken — in Folge dessen denn besagter Kaiser später das durch seine Festigkeit berühmte Hohenlohische Stammschloß Schillingsfürst belagerte, und nach Einnahme desselben den Flammen preisgeben ließ — welcher Geschichte der Volksbote die Reflection hinzuzufügen für angemessen erachtet: „Kraft von Hohenlohe, hätte er im 19. Jahrhundert gelebt, würde das viel feiner angestellt haben, wenn er irgend einem Ludwig an den Hals wollte."

Am 7. Mai lesen wir bezüglich der Luxemburger Wirren: „Es ist eine in der menschlichen Geschichte vielleicht unerhörte Dreistigkeit der Berliner Politik, daß sie es wagt, das Lügenspiel mit ihrer Behauptung, wer zuerst gerüstet, vom Frühjahr 1866 im Frühjahr 1867 wieder zu erneuern", obwohl nach dem Inhalt eines, noch durchaus nicht officiell als unächt erklärten Briefes des Ministers von der Pfordten an den damaligen bayerischen Gesandten in Dresden, Freiherrn von Giese, es

gar keinem Zweifel unterliegt, daß es Oesterreich gewesen, welches, „nachdem der Preußen gemachte Vorschlag bezüglich allgemeiner Entwaffnung, in Berlin bereits angenommen war, durch fortgesetzte, ausgedehnte Rüstungen, die erfolgte kriegerische Wendung herbeigeführt hat."

Doch dürfte überhaupt hinsichtlich der Entstehung jenes Krieges noch Manches zu berichtigen und aufzuklären sein.

Wenn auch eine gegenseitige Jalousie der beiden deutschen Großmächte seit Jahren immer bemerklicher zu Tage trat, so glaubte man sich demunerachtet doch der Hoffnung hingeben zu können, daß solche in dem gemeinschaftlich gegen Dänemark geführten siegreichen Kriege, ihre Lösnng gefunden haben werde — bis auch hier wieder bedauerliche Spannungen eintraten, die durch den Gasteiner Vertrag ihre Beseitigung zu erhalten schienen.

Daß diese Voraussetzung jedoch auf Täuschung beruhte, erhellt aus einer dem Grafen Blome beigemessenen Erklärung — die sich in der Augsburger allgemeinen Zeitung vom 8. Mai 1868 vorfindet — laut welcher die österreichische Regierung jenen Vertrag nur in der Absicht abzuschließen bemüht war, um dadurch Zeit zu gewinnen, sich für den damals schon fest beschlossenen Krieg gegen Preußen in die gehörige Verfassung setzen zu können. Dieser Vorsatz, mit seinem damaligen Alliirten unter allen Umständen brechen und sich zu einem solchen in Aussicht genommenen Kampfe, durch die Sympathien aller liberalen Elemente Europas mindestens moralisch stärken zu wollen, schien denn auch dadurch seine Bestätigung zu finden, daß man von Seiten des österreichischen Gouvernements sofort nach Abschluß des Gasteiner Uebereinkommens sichtlich bestrebt war, vermittelst auffallend ostentatiös-liberalen Vorgehens in Holstein, das mehr stramme, preußische Verfahren in Schleswig, möglichst in Schatten zu stellen — während man zugleich nicht versäumte, die preußische Regierung — wol um dieselbe zu den ersten entschiedenen feindlichen Schritten zu verleiten — in jeder Beziehung, sowohl durch besondere Pro-

tection aus Schleswig ausgewiesener Persönlichkeiten, als durch Zulassung der böswilligsten Angriffe in den holsteinischen Zeitungen gegen den Monarchen Preußens und dessen Ministerium, wie durch Gestattung einer Volksversammlung in Altona — die eigens dazu veranstaltet zu sein schien, allen erbitterten Feinden der damals noch mit Oesterreich alliirten norddeutschen Großmacht, Gelegenheit zu geben, ihrem Hasse gegen dieselbe in der maßlosesten Weise öffentlich Luft machen zu können — und endlich durch demonstrative Einberufung der holsteinischen Stände — möglichst zu reizen und empfindlichst zu beleidigen. Wenn man zu allen Diesem nun auch noch bedenkt, daß der verewigte Fürst Schwarzenberg bereits vor Jahren das politische Programm der österreichischen Regierung bezüglich Preußens, in seinem bekannten Ausspruch: „D'abord il faut humilier la Prusse, et après la démoler" zusammen zu fassen keinen Anstand nahm — so scheint ein Vernichtungskrieg gegen dasselbe eine längst geplante Sache gewesen zu sein, wovon man in Berlin ohne Zweifel vollkommen unterrichtet war, und sich somit gezwungen fühlte, in dem bevorstehenden Kampfe auf Tod und Leben, theilweise die extremsten Maßnahmen zu adoptiren. —

Den 9. Juni äußert der „Volksbote" gelegentlich der Nachricht, daß die süddeutschen Regierungen zur Berathung der Zollangelegenheiten, in den Norddeutschen Bundesrath einzutreten hätten. „Nach dem gestrigen Telegramm des „Schwäbischen Merkurs" haben die auswendigen Minister von Württemberg (Herr von Varnbüler weiß wohl warum), Baden und Darmstadt in der That dazu eingewilligt, und ein schnöderer Verrath in dem Interesse ihrer eigenen Länder ist kaum vorgekommen" — wie dann später, am 15. Juni bei Besprechung einer Erneuerung des Zollvereins, bemerkt wird: „Was noch ärger, der württembergische Minister, der nothige Freiherr von Varnbüler, welcher vielleicht durch stille Gründe bewogen worden, hatte zuvor schon unter der preußischen

Decke gespielt" u. s. w. Man sieht, überall das Bestreben der niederträchtigsten Verdächtigung.

Am 27. Juni wird das bayerische Volk zur Theilnahme an einem allgemeinen Adressensturme, um Auflösung der zweiten Kammer, aufgefordert „von der 119 Fünf Gulden Diäten-Männer (!) in tiefster Verehrung sich unserm Verpreußungs-Ministerium bereits mit Haut und Haar verschrieben und veradressirt haben."

Den 6. August läßt sich der „Volksbote," angeblich aus Hessen, schreiben: Wenn alle Deutsche in eigenem Interesse so gehandelt hätten, wie die Hannoveraner" (haben die Andern etwa für Preußen Partei genommen?), „so stünde es besser um uns Alle: so wäre hoffentlich" — welcher Unsinn — „schon im vorigen Jahre der Balggeschwulst im deutschen Fleische, dieser Staat der Hohenzollern, zurückgebracht auf das, was er im Interesse des Friedens aller Völker wieder werden muß, auf — die Mark Brandenburg." Wirklich unübertrefflich!

Am 28. August wird in einem längeren Artikel der Beweis zu führen gesucht, daß Frankreich fortwährend von Preußen bedroht, seiner eigenen Sicherheit halber sich gezwungen sehe, auf das äußerste zu rüsten, und mithin lediglich durch Preußen die fortwährende Kriegsgefahr, welche ganz Europa zu ruiniren verheißt, veranlaßt werde — während es doch nur einem Halbverrückten einfallen kann, die preußischen Staatsmänner für so wahnsinnig zu halten, um auch nur im Traum daran zu denken, Frankreich angreifen zu wollen!! — und mithin Niemand der nicht von Parteileidenschaft gänzlich geblendet ist, daran zu zweifeln im Stande sein dürfte, daß die Fortdauer der Kriegsbereitschaft Preußens — welche wahrlich nicht zu den Annehmlichkeiten der Lage gehört — vernünftiger Weise gar nichts Anderes bezwecken kann, als jeden denkbaren Versuch des Auslandes, sich in unsere vater-

ländischen Angelegenheiten einmischen zu wollen, mit Erfolg zurückweisen zu können. Weil nun aber auch von Seiten der preußischen Regierung diese, übrigens für jeden Unbefangenen an und für sich gar keiner Frage unterworfenen Sachlage, als die allein richtige, erklärt wird, so heißt es unter Andern in jenem Artikel weiter: Das Preußenthum hat es in der That in der Heuchelei und Unverschämtheit, womit man die deutsche Bevölkerung zu betrügen sucht, weit gebracht, und daß die Fortschrittler hierbei allwege als Helfershelfer dienen, sehen wir jeden Tag. Wer aber ist jetzt der wahre Friedensstörer in Europa? Es bedarf nur einer Verweisung auf Jedermann bekannte Thatsachen, um völlig darüber in's Klare zu kommen, daß nur Preußen, und Preußen allein jetzt die Ruhe Europas fortwährend bedroht, und daß jeder, welcher Frieden will seine Hand gegen den Berliner Kain erheben muß." Welche bodenlose Niederträchtigkeit von einem deutschen Blatte, in dieser Weise die thatsächlichen Verhältnisse mit vollem Bewußtsein geradezu auf den Kopf zu stellen, und so zu sagen, die ganze Welt zu einem Vernichtungskriege gegen eine deutsche, mit Bayern verbündete Macht, und gegen deutsche Bruderstämme, aufzurufen!! —

Am 22. August hielt es der „charakterfeste Volksbote" für angezeigt, „Seiner Majestät dem Kaiser der Franzosen" — von ihm bisher Spottweise stets „Lamperöhr" titulirt — gelegentlich der Besprechung der Reise desselben nach Salzburg, in tiefster Verehrung seine Huldigung darzubringen, und seine außerordentliche Freude darüber auszudrücken, „daß der Kaiser Napoleon überall die Anerkennung gefunden, welche dessen unzweifelhaftem Genie und dem Ruhme, der bedeutendste Staatsmann der Gegenwart zu sein, in den Augen jedes Gebildeten gebürte." Auch wir würden es sehr angemessen gefunden haben, genannten, von Seiten des Volksboten, vom lächerlichen Lamperöhr, plötzlich zu

einer besonders verehrungswürdigen Persönlichkeit, avancirten Monarchen, überall mit Anstand und lautloser Würde empfangen zu sehen — während es hingegen für das deutsche Nationalgefühl höchst demüthigend gewesen sein dürfte, daß die Bevölkerung Süddeutschlands sich nicht selten hinreißen ließ, einem Fürsten, welcher für den Weltfrieden, namentlich aber für unser Vaterland, eine stete Drohung ist, förmlich zuzujubeln.

Im gleichen Blatte freut sich der „ehrenwerthe" Volksbote ebenfalls sichtlich darüber, daß nach einem Berichte aus Chalon „der französische Hinterlader eine unbestreitbare Ueberlegenheit über das hochgerühmte Zündnadelgewehr habe," indem er dieser so außerordentlich angenehmen Mittheilung noch frohlockend hinzufügt: „Und nun erst die famose Kugelspritze!" Edeler bayerischer Patriot, der schon in dem Gedanken schwelgt, welche furchtbare Wirkung diese Waffen hoffentlich dereinst auf seine deutschen Landsleute hervorzubringen versprechen.

Den 31. heißt es, bei einer Erörterung bezüglich des Zollparlaments: „Doch könnten die Herren in Berlin ihre Rechnung vergeblich gemacht haben, wenn das süddeutsche Volk noch zur rechten Zeit redet und auch nachdrücklich ausspricht, daß es sich nicht in die Zollparlaments-Falle bringen läßt." — Wer hatte denn dieses eigentlich zu entscheiden, die Königlich Bayerische Staatsregierung und die Kammern, oder das sogenannte „Volk" des „ehrenwerthen" Volksboten?

Am 24. September läßt sich genanntes Blatt eine Nothzucht und Mordgeschichte ausführlich berichten, welche durch preußische Soldaten im Jahre 1866 bei Nürnberg in Scene gesetzt worden sei. Natürlich stammt diese Schauererzählung mit ihrem haarsträubenden Detail, gleich Allem, was der „wahrheitsliebende Volksbote" zu bringen pflegt, aus der sichersten zuverlässigsten Quelle, weßhalb derselbe auch keinen Anstand nimmt, dann später, bei Erwähnung eines demnächst zu erwartenden Besuchs des Königs von Preußen in Nürnberg, deßfalls weiter zu bemer-

ken: „Sollte nicht bei seinem — des Königs — Aufenthalt irgend ein patriotischer Nürnberger sich finden, der so freunnlich wäre ihm die Stelle an dem Straßengraben am Fürther-Wege zu zeigen, wo — wie im letzten Dienstagsblättl berichtet — seine tapferen Soldaten ein armes Fabrikmädchen so viehisch umgebracht haben?"

Am 1. Oktober sieht sich der „Volksbote" dann aber gezwungen, bezüglich dieser ihm aus bester Quelle zugegangenen Geschichte, folgende amtliche Erklärung in seinem saubern „Blättl" abdrucken zu lassen: „Zur Berichtigung des Artikels „aus Nürnberg" in Nr. 222 des „Volksboten" vom 24. September l. J. wird auf Grund amtlicher Erhebung bemerkt: daß in der einzigen, an der Nürnberg-Fürther Straße liegenden Zündholz-Fabrik, im vorigen Jahre zur Zeit der preußischen Occupation, Fabrikarbeiterinnen nicht beschäftigt wurden, und daß von dem in erwähntem Artikel des „Volksboten" geschilderten Vorfall Niemand in der Fabrik etwas weiß; dann daß über einen solchen Vorfall irgend eine Nachricht weder einem Magistratsbeamten, noch dem Stadt-Commissariat, noch dem Bezirksamt, noch der Staats-Anwaltschaft, noch dem Untersuchungsrichter, noch irgend einem Sicherheitsorgane zur Kenntniß kam; endlich daß bisher auch bei der Nürnberger Einwohnerschaft nicht das Mindeste über den geschilderten Vorfall verlautete, und daher mit Grund anzunehmen ist, daß derselbe (im Geschmacke des „edelen Volksboten") lediglich erdichtet wurde."

Am 28. September läßt sich das Blatt, angeblich von einem Wahlmann in Oberbayern, bezüglich des angeregten Adressensturms, unter Anderm schreiben: „daß man dort im Lande allgemein der Ansicht sei, wenn der Staatsregierung das Recht zustehe, eine vom Volke gewählte Kammer aufzulösen, sobald diese den Wünschen der Regierung nicht entspreche, es auch dem Volke

unbenommen bleiben müsse, zu verlangen, daß eine von ihm gewählte Volksvertretung aufgelöst werde, wenn sie" — nach den Ansichten einer gewissen Partei — „die Interessen des Volkes nicht vertrete sondern zertrete" — von welchem Volksrechte in der Verfassungs-Urkunde unseres Wissens übrigens nichts zu finden ist. — Dann heißt es weiter: „Aber abgesehen von der Regierung, fragt man hier, wie viele Unzen Goldes wohl die fortschrittlichen Lopeze Bayerns von Preußen erhalten, weil sie so sehr drängen, das schöne Bayern sammt seinem jugendlichen Könige in Preußens unheilvollen Sack zu schieben." — Wenn diese Auslassungen nicht vom „Volksboten" selbst ausgingen — was die schöne Sprache allerdings als sehr wahrscheinlich erscheinen läßt — sondern demselben wirklich aus Oberbayern gemacht wurden, mußten ihn solche begreiflicher Weise in hohem Grade befriedigen, da sie den unumstößlichen Beweis liefern würden, daß seine unausgesetzten Bemühungen, die Rechtsbegriffe, namentlich des Landvolkes, möglichst zu verwirren, und das allgemeinste Mißtrauen zu verbreiten, unter den Massen sich eines immer größeren Erfolges erfreuten.

Am 8. Oktober heißt es: „Der Minister von Varnbüler, den man nicht den württembergischen Lopez nennen kann, weil er, schlimmer als der Mexikaner, auch das eigene Land und Volk den Hohenzollern in die Hände zu spielen trachtet, braucht alle möglichen Kniffe, um den Landtag zu überrumpeln und in seine Tasche zu bringen." In den Augen des „Volksboten" ist eben jeder ein mit Geld erkaufter Schurke und Verräther, der nicht seinen eigenen, durchaus noblen (!) patriotischen (!) geistreichen (!) und loyalen (!) politischen Ansichten unbedingt huldigt.

Am 13. Oktober hält das „ehrenwerthe" Blatt, bei Besprechung des Budjets-Entwurfs, für angemessen — offenbar um die ländliche Bevölkerung gegen die Regierung wie gegen die Kammer der Deputirten möglichst aufzuregen, und dadurch zu Massendemonstrationen zu veranlassen — in folgender Weise besonders hervor-

zuheben: „daß die **Grundsteuer,** welche zunächst den Bauern trifft, **um zwei Drittheile erhöht werden solle;"** — dann fährt er fort „das Gesammt-Erträgniß der Steuererhöhung ist fünf Millionen, zu diesen fünf Millionen haben die Grundsteuerzahler, also die Bauern" — natürlich, weil im Lande ja sonst Niemand Grundeigenthum besitzt! — **„allein vier Millionen,** also **vier Fünftel** der ganzen erhöhten Steuer zu bezahlen."

Am 26. Oktober fragt der „Volksbote", bezüglich der Erneuerung des Zollvereins, wozu Telegramme und Deputationen des Handels- und Fabrik-Standes die Kammer der Reichsräthe zu bewegen suchten: „Oder wiegen die Einreden von Handelsleuten einer kleinen Anzahl von bayerschen Städten in der Frage über das Wohl und Beste des Landes, etwa schwerer als die Adressen aus heute bereits 1745 Gemeinden?" Allerdings, insofern es, wie hier, die Entscheidung hoch wichtiger Fragen der Industrie und des Handels betrifft, wiegt die Stimme weniger Sachverständiger — seien es Fabrikanten oder Kaufleute — unendlich schwerer als die Meinung der in solchen Dingen völlig unwissenden, und mithin absolut urtheilsunfähigen Bauernschaft ganz Bayerns.

Am 30. Oktober scheint es dem „Volksboten" — der sich durch die Entscheidung, welche die Zollvereins-Angelegenheit in der Kammer der Abgeordneten mit so ungeheurer Majorität gefunden, in die höchste Wuth versetzt fühlt — äußerst zweifelhaft, „Ob denn das Volk — insofern die verschwindende Minderzahl" — diese sachverständigen Fachmänner — „die Reichsrathskammer ebenfalls zur Annahme solchen Verpreußungsvertrages veranlassen sollte, solches hinnehmen, und sich ohne Weiteres, so zu sagen, im Sack an Preußen überliefern lassen werde?" Die Folge hat gezeigt, daß das eben so ehrenhafte wie treue bayer'sche Volk das gethan hat, was jedes loyale

Volk zu thun verpflichtet ist — indem es den durch das Staatsoberhaupt sanctionirten Beschlüssen seiner Regierung und seiner Kammern, sich zu unterwerfen, keinen Augenblick Anstand nahm.

Den 12. November ereifert sich der „Volksbote" zum so und so vieltesten Male gegen die Aeußerungen des Ministers von Schlör, welcher in der XXXIV. Sitzung der Kammer der Abgeordneten zu bemerken sich veranlaßt sah: daß bei Gelegenheit der 1800, durch die Agitation der ultramontanen Presse zu Wege gebrachten Adressen, viel „Schlamm und Unrath aufgewühlt worden sei, und diesen „trüben, schmutzigen Fluthen" ein Damm entgegen gesetzt werden müsse — indem derselbe es für angezeigt erachtet, deßfalls dann weiter zu bemerken: „Jedenfalls ist mit der Aeußerung des Herrn Handelsministers einerseits, und dem übrigen, beharrlichen ministeriellen Schweigen andererseits, die Sache nicht abgethan. Gegen den so laut und so verständlich ausgesprochenen Willen des Volkes gehts einmal nicht, wenn auch die Fortschrittler sich an das Heft anklammern, welches sie dem Volk gegenüber in der Hand zu behalten suchen."

Wie ist uns doch? — Wir glaubten bisher immer, in Bayern befänden sich beiläufig 8000 Gemeinden — und jetzt sollen über 1800 — sagen wir gleich 1900 Gemeinden — **das bayerische Volk** vorstellen? — Was sind dann die anderen 6100 Gemeinden, welche der Regierungspolitik und den Kammerbeschlüssen durch ihr Schweigen offenbar zustimmten? Sind diese 6100 Gemeinden nicht weit eher berechtigt, sich das **„bayerische Volk"** zu nennen, als jene 1900 volksbotlichen Adreßgemeinden? Und wie würde dieses Verhältniß sich erst stellen, wenn man Gelegenheit hätte, die Zahl derjenigen, welche sich an jener Massendemonstration betheiligen, mit der ganzen stimmfähigen Bevölkerung Bayerns zu vergleichen! — Wir sind überzeugt — abgesehen davon, daß die

eigentliche Intelligenz des Landes in jenen Adressen wohl überhaupt nur äußerst schwach vertreten gewesen sein dürfte — daß selbst das rein numerische Verhältniß der Unterzeichneten zur Zahl sämmtlicher bayrischer Staatsbürger, sich noch bei weitem ungünstiger stellen, und sich ergeben würde, wie höchstens ein Zehntheil der Stimmberechtigten — wahrscheinlich aber noch viel weniger — diesem Mißtrauensvotum beizutreten, sich überreden ließen. Und doch hat der Volksbote die Dreistigkeit, trotz dieses Zahlenverhältnisses, fortwährend zu behaupten, daß die gegenwärtige Kammer und das derzeitige Ministerium das Vertrauen der **Majorität** des bayerischen Volkes verloren habe — welche Behauptung nur einen Sinn hätte, wenn es demselben vorher zu beweisen gelänge, daß 6100 weniger wie 1900 — nnd 100 weniger wie 10 sei.

Am 13. November bemüht sich das „ehrenwerthe" Blatt eine Definition desjenigen zu geben, was man juridisch unter dem Begriff „Hochverrath" zu verstehen habe — welches Verbrechen nach der hier ausgesprochenen Meinung — wie es scheint alle diejenigen Bayern begehen sollen, deren Streben dahin gerichtet ist, ein einiges Deutschland, durch Anlehnung ihres engeren Vaterlandes an das mächtige Preußen und den norddeutschen Bund hergestellt zu sehen. — Da alle zur Erreichung jenes nationalen Zieles bayerischer Seits bis jetzt gemachten Schritte, nicht anders als mit vollkommen freier Zustimmung des Staatsoberhauptes, in entschiedenem Einklange mit der Volksvertretung beider Kammmern statt fanden — so kann von einer Anschuldigung derjenigen, welche in bezeichneter Richtung thätig waren, selbstverständlich nicht im entferntesten die Rede sein — und gehört offenbar nur die hirnverbrannte Phantasie eines „Volksboten" dazu, hier von Verbrechen und Todesstrafe zu faseln. Weit weniger unbedenklich dürfte es dagegen für Manchen erscheinen, wenn man

sich veranlaßt fühlte, den moralischen Begriff desjenigen, was man „Rebellion“ zu nennen pflegt, einmal etwas näher zu erörtern — da sich dann ergeben möchte, wie genanntes Verbrechen nicht nur dadurch begangen wird, daß die Betreffenden, an der Spitze fanatasirter, meuterischer Scharen durch das Land ziehen, und die königlichen Beamten aufhängen lassen oder davonjagen — sondern daß es in dieser Beziehung auch schon nicht ganz harmlos ist, die Massen vermittelst Verbreitung falscher, beunruhigender Nachrichten, tendentiöser Entstellungen und böswilliger Uebertreibungen, fortwährend systematisch zur Unzufriedenheit aufzustacheln — wie sich zu bemühen im Volke jede Achtung vor der legitimen Autorität des Staates, durch unausgesetztes Verdächtigen, Verhöhnen und Verspotten ihrer Organe, möglichst zu vernichten. Allerdings dürfte es den Behörden nur selten gelingen, solche intelectuelle Urheber von offener Widersetzlichkeit, von Anfruhr und thatsächlicher Rebellion, zur verdienten Strafe ziehen zu können, — sondern sind leider in der Regel nur die durch sie Verführten die bedauerlichen Opfer ähnlicher verhängnißvoller Wühlereien von Seiten eben so fanatischer, wie gewissenloser Agitatoren.

Am 6. Dezember wird eine Geschichte erzählt, „die noch nicht widersprochen ist und auch nicht widersprochen werden kann“, nach welcher der dem Volksboten besonders verhaßte, und auch uns keineswegs irgend sympathische, österreichische Reichsraths-Abgeordnete, Advokat Schindler, in Wien „sich vom Consortium der Braunauer Bahn, für Vertretung der Interessen derselben in seiner Eigenschaft als Deputirter, 50,000 fl. auszahlen — sich durch genannte Summe respective „bestechen“ ließ, und dann von einem Mitgliede des Consortiums noch extra 5000 fl. verlangte, aber leider nicht erhielt.“

Bezüglich dieser schönen Erzählung — welche nicht widersprochen werden kann — sieht sich dann der Volksbote fataler Weise genöthigt, am 22. Dezember eine Erklärung des Münchener Rechtsanwalts von Schauß — Bevollmächtigten des

Consortiums für die Braunauer-Neumarkter Eisenbahn — zu bringen, nach welcher jene Mittheilung bezüglich des Herrn Alexander Schindler vollkommen unwahr ist, da genannter Wiener Advokat für mehrfache Consultationen und sonstige Bemühungen in dieser Angelegenheit, von Seiten jenes Consortiums lediglich ein Honorar von 2000 fl. erhalten hat. — Man sieht hieraus wieder, daß die Berichte und Nachrichten des „ehrenwerthen Volksboten" fast durchgängig als entweder der Wahrheit gänzlich entbehrend, oder doch an böswilligen Enstellungen und maßlosen Uebertreibungen leidend, stets nur mit höchstem Mißtrauen aufzunehmen sein dürften.

Am 30. November bringt der „Volksbote" einen Artikel über das Gesammtpersonal des Cultusministeriums mit dem Vorstand desselben an der Spitze, der an frecher Unverschämtheit, Hohn und Verachtung vielleicht nur noch von Seiten des „Nürnberger Anzeigers" — zu welchem genanntes ultramontane Blatt überhaupt in vielfacher wahlverwandtschaftlicher Beziehung stehen dürfte — zu überbieten sein möchte.

Obgleich — wie sich aus einigen Bemerkungen vorliegender Schrift ergibt — wir selbst ebenfalls keineswegs zu den besonderen Bewunderern der bisherigen Amtsführung des Herren von Greßer gehören — da wir, wenn auch mit dem Verfahren der Regierung dem ultramontanen Unwesen gegenüber, ganz einverstanden, es doch weder für gerecht noch staatsklug zu halten vermögen, nicht nur die katholische Kirche selbst, bei jeder Veranlassung, oft in der kleinlichsten Weise gemaßregelt, sondern auch — wie man wenigstenst ziemlich allgemein behaupten will — die loyalsten und befähigtsten Persönlichkeiten — nur weil dieselben entschiedene Katholiken und geborene Bayern sind — nicht selten unbedeutenden Individuen, auf denen jedoch keines dieser beiden Makel haftet — zurückgesetzt zu sehen — können wir aber doch die hier beliebte

Art, genannten Minister möglichst diskreditiren zu wollen, nur als ein wahrhaft bübisches Attentat bezeichnen.*)

Auch dürfte der Versuch, durch Nachweisung des mittelmäßigen Fortgangs, welchen bezeichneter hoher Beamter dereinst in der Lateinschule (!) und auf dem Gymnasium (!) machte, die Unfähigkeit desselben zu seiner gegenwärtigen hervorragenden Stellung im Staatsdienste, darthun zu wollen, in der That ein abschreckendes Beispiel davon liefern, zu welchem Grade extremer Bornirtheit man gelangt, wenn man in Verfolgung seiner Partei-Ziele, lediglich von den Eingebungen verblendetster Leidenschaftlichkeit sich leiten läßt — indem der hier eingeschlagene Weg, genannten Chef des Cultus-Ministeriums in den Augen irgend eines Vernünftigen herabzusetzen, jedenfalls der allerungeschickteste genannt werden muß, den man zu wählen im Stande war. — Zum Ueberfluß wurden diesem mit so unendlicher Mühe zusammen gestoppelten, vermeintlichen Nachweise von der geringen Befähigung seiner Excellenz, auch noch aller, von Seiten des „Volksboten" in wahrhaft kindischer Beschränktheit demselben beigelegte Werth, dadurch vollständig genommen, daß wenige Tage nach Veröffentlichung jenes Klatsches, in verschiedenen anderen Zeitungen zu lesen war, wie Herr von Gresser seinen Staatsconcurs dann später mit der ersten Note machte, ohne daß es genanntes „ehrenwerthes" Blatt jedoch für anständig erachtete — zur Vervollständigung seiner deßfalsigen interessanten Eröffnung — ebenfalls dieses Factum seinen Lesern mitzutheilen. Doch selbst wenn gedachter hoher Beamter auch hier die dritte Note erhalten hätte, könnte

---

*) Andere, mehr specielle Mißstände, welche während der gegenwärtigen Leitung des Cultusministeriums im Bereich desselben Platz gegriffen haben, gehören nicht hierher; doch behalten wir uns vor, dieselben an einem anderen Orte zu besprechen, und deren factisches Vorhandensein nachzuweisen.

derselbe demunerachtet der größte Staatsmann unseres Jahrhunderts geworden sein, da dieses wahrlich nicht davon abhängt, was man auf der Schulbank oder im Collegium gelernt hat, sondern von ungewöhnlichen, natürlichen Begabungen, von angeborenen außerordentlichen Eigenschaften, eines von Haus aus großartig angelegten Charakters, verbunden mit unerschütterlicher Willenskraft — Vorzüge, die dem Menschen weder eingebläut noch eindocirt werden können.

Allein ganz abgesehen von der grenzenlosen Betise, sich einzubilden, dem derzeitigen Leiter des bayerischen Cultusministeriums durch das hier gewählte Verfahren in der öffentlichen Achtung, so zu sagen, den Todesstoß versetzen zu können, müssen wir auch im Allgemeinen jedes Vorgehen der Art, jedes Bestreben sich an Persönlichkeiten zu halten, wo es sich lediglich um Principien, Maßregeln und Thatsachen handelt, als die denkbar niederträchtigste Sorte von Polemik bezeichnen — es sei denn, daß man es mit bereits moralisch entschieden gebrandmarkten Individuen, oder mit notorisch käuflichen Preßbanditen, zu thun hat — wie es uns selbst denn auch unendlich gemein erscheinen würde, wenn wir uns beigehen ließen, den Antecedentien und den gegenwärtigen Verhältnissen, wie dem sonstigen persönlichen Treiben des Volksboten-Redacteurs — dessen journalistisches Wirken wir nach unserer Ueberzeugung als allgemein höchst unheilvoll und verderblich, entschieden perhorresciren — nachzuforschen und die vielleicht nicht ganz uninteressanten Ergebnisse solcher noblen Bemühungen, dann dem scandalsüchtigen Publikum als großartigen Klatsch aufzutischen oder demselben — unerachtet der vielfach verbreiteten Behauptung, seine Feder der französischen Regierung und dem Hietzinger Hofe verkauft zu haben — in dieser Richtung irgend verdächtigen zu wollen. Wer sich ähnliche Andeutungen erlaubt, oder gar derartige Behauptungen aufzustellen wagt, ohne

nöthigenfalls den unumstößlichen Beweis für die Wahrheit des Gesagten beibringen zu können, kennzeichnet sich selbst dadurch als ein Individuum, was die Verachtung jedes anständigen Menschen vollauf verdient.

Nachdem der „Volksbote" dann gleich zum Neuen Jahre 1868 seinen Lesern verkündet, „daß der Staatskarren im tiefsten Drecke stecke", bemerkt er zu der von Dr. Jörg in der Kammer gemachten Aeußerung bezüglich der bayerischen Regimenter, welche nach der Ansicht des genannten Abgeordneten, im Kriegsfalle kapituliren, oder zum Feinde übergehen — respective „hinüber commandirt" werden würden, „daß die bayerischen Truppen für des eigenen Vaterlandes" — nur Bayerns und nicht auch Deutschlands? — „Selbstständigkeit den letzten Tropfen Blut daran setzen werden, kann keinem Zweifel unterliegen, ob sie aber für die Herrlichkeit der Hohenzoller'schen Hausmacht sich zwischen zwei Mühlsteinen — Oesterreich und Frankreich — mit Begeisterung zermalmen lassen werden, dem wird in den Stimmungsberichten, welche der „Volksbote" — als Echo der von ihm unausgesetzt in's Land hineingerufenen Partei-Parole — erhält, in bündigster Weise widersprochen" — während wir selbst keinen Augenblick daran zweifeln, daß die eben so pflichttreue wie tapfere bayerische Armee, geführt von ritterlichen, ehrenhaften Officieren, jede Aufgabe ruhmvoll lösen dürfte, zu der ihr oberster Kriegsherr, der König von Bayern, dieselbe zu berufen sich veranlaßt sähe.

Im Blatte vom 7. Januar und in vielen anderen Nummern, bemüht sich der „Volksbote" mit wahrhaft komischer Uebertreibung, die Verwerfung der Wiederwahl Hohenadels in Neumarkt — also eines Abgeordneten in einem Wahlbezirk — als ein Ereigniß von geradezn unberechenbarer Bedeutung darzustellen, in Folge dessen die Kammermajorität gesprengt, das Mi-

nisterium aber von banger Furcht ergriffen worden sei — indem er keinen Anstand nimmt diesen gänzlich vereinzelten Fall, „als eine bündige, öffentliche Absagung von der dermaligen bayerischen Politik" zu bezeichnen. In gleicher Beziehung lesen wir dann ferner: „daß die meisten Collegen des Oberstaats-Anwalts Hohenadel, demselben seinen Durchfall übrigens aufrichtig gegönnt hätten, da man nicht wissen könne, ob der Mann bei längerer Anwesenheit in der Kammer, und durch richtige Verwendung seiner Podevils, es nicht gar noch zum Minister gebracht hätte." Einen anderen, die gleichen Familienbeziehungen des Herrn Hohenadels betreffenden, sogenannten „Witz", den wir ebenfalls im genannten Blatte vorfinden, ist uns zu zotenhaft, schmutzig und niederträchtig, um denselben hier wiedergeben zu können — wozu eine ähnliche Schamlosigkeit gehören dürfte, wie solche unbestrittenes Eigenthum des „katholischen" (!!) Volksboten ist.

Den 14. Januar heißt es abermals bezüglich des Adressensturmes: „Aus fast zweitausend Gemeinden des Landes hat das Volk sich eindringlich gegen das Zollparlament ausgesprochen. Aber die Adressen sind auf unqualifizirbare Weise behandelt worden; die unaufgelösten Volksvertreter, von denen „das Volk" — (des Volksboten) — nämlich zwei tausend gegen beiläufig sechs tausend Gemeinden — „nichts wissen wollte, haben trotz alledem das Zollparlament angenommen, und die Reichsräthe haben durch Depeschen und Deputationen" — von Seiten sachverständiger Industriellen und Kaufleute — „sich einschüchtern lassen. Die drei Factoren der Gesetzgebung haben ihren Spruch dem Volke octroyirt" — d. h. in völlig legaler, durch die Verfassung vorgezeichneter Weise in dieser Angelegenheit endgiltig entschieden — „und die Wahlen für's ganze Land ausgeschrieben." —

In demselben Blatte wird zur Berathung des Wehrgesetzes in der Kammer der Reichsräthe die Bemerkung gemacht, „daß

voraussichtlich das ganze Gesetz angenommen werden dürfte, weil sonst — um mit Herrn von Harleß zu reden, „diejenige deutsche Macht, die uns allein schützen (?) kann, gelähmt wäre" und wie der Volksbote hinzu fügt, sonst statt 130,000 blos etwa 29,000 Bayern zur größeren Ehre des Hauses Hohenzollern kämpfen, und beziehungsweise todtgeschossen würden." Kann man sich nach solchen, in die Massen geschleuderten Auslassungen, noch wundern, später bei Durchführung dieses Gesetzes, bedenkliche Unordnungen, und bis zum Aufruhr gesteigerte Widersetzlichkeiten eintreten zu sehen? —

Den 10. Februar heißt es unter Anderm, die stattfindenden Wahlen zum Zollparlament betreffend: „Mögen die gestickten Krägen für ihren durchgefallenen Mann — den Oberstaatsanwalt Hohenadel — arbeiten und wühlen und drängeln, trommeln und pfeifen wie sie Lust haben, nicht sie, sondern die wackere Landbevölkerung hat das Heft in der Hand" — worauf der Volksbote die „Landleute, welche die Steuerlast zu tragen haben" wiederholt aufmerksam zu machen nicht unterläßt — wie denn auch in einem anderen Blatte ähnlicher Richtung damals den Massen geradezu auseinandergesetzt wurde, daß sie die Mehreren seien und mithin unter allen Umständen ihren Willen durchzusetzen sich in der Lage befinden dürften.

Am 18., wo der „Volksbote" gegen eine allenfallsige Wahl des von ihm schon seit Monaten auf das Maßloseste verunglimpften Ministers von Schlör, zum Zollparlament, wüthet, heißt es unter Anderm: „Derselbe werde sich doch nicht einbilden dürfen, daß die Wählerschaft Münchens sich herbeilassen werde, trotz „Schlamm und Unrath" und „schmutzigen Fluthen" (vielleicht zum hundertsten Male dagewesen) ihn für ihren Vertrauensmann zu erklären, und ihm als solchen zu einem Sitz im Zoll-Parlament zu verhelfen", welche Declamation schließt: „Schlör nie — nie-

mals!" — Bekanntlich haben aber die Münchener sich erlaubt, diesem Volksbotlichen Befehl keine Folge zu leisten, und genannten Minister doch zu wählen, was auch wohl sehr begreiflich erscheint, wenn es mit allem demselben in diesem „ehrenwerthen" Blatte Nachgesagten sich so verhält, wie mit einer deßfallsig am 13. Februar gebrachten Nachricht, bezüglich deren wir, gleich nach obiger fulminanten Auslassung, folgende „amtliche Bekanntmachung" lesen: „Die in einem Artikel der Nro. 37 des Volksboten enthaltene Behauptung, daß sich der Königliche Staatsminister von Schlör für den Fall seiner Entlassung eine Pension von 12,000 fl. ausbedungen habe, wird hiemit als unwahr bezeichnet."

Uebrigens dürfte das Ergebniß der Wahlen zum Zollparlament allerdings bewiesen haben, daß der „Volksbote" und Consorten, seit der von dieser Seite in Scene gesetzten Adressenbewegung, die Massen nicht erfolglos zu bearbeiten bemüht waren, da im Oktober 1867 noch bei weitem der größte Theil des Volkes zur Theilnahme an jener Demonstration sich nicht verleiten ließ, während am 10. Februar 1868 das Resultat jener Wahlen den Wünschen der ultramontanen Partei schon viel mehr zu entsprechen geeignet gewesen sein möchte.

Am 4. Juni lesen wir: „In Stuttgart bespricht der demokratische Beobachter" — Verbündeter des ultramontanen Volksboten — „die Lage, und erwartet, daß Frankreich und Oesterreich sich nächstens die erzwungenen Allianceen und Zollverträge mit Preußen etwas näher ansehen und sie dann als Verletzung des Prager Friedens — was sie zweifelsohne seien — bezeichnen werden. „Es würde „gottvergessen" sein, meint das Blatt" — und „zweifelsohne" auch dessen bayerische Gesinnungsgenossen, „wenn in einem desfalls etwa entstehenden Kriege sich dann Süddeutschland für seine eigene Knechtung (!) schlagen würde. („In Berlin scheint man das allerdings zu erwarten.") Allerdings, da man dort annehmen zu können sich für

berechtigt erachtet, daß das mit den süddeutschen Regierungen abgeschlossene Schutz- und Trutz-Bündniß doch etwas mehr werth ist, als ein bedeutungsloses Stück Papier, und sich auch wohl nicht zu denken vermag, die betreffenden Regenten möglicher Weise durch Widersetzlichkeit der Bevölkerung ihrer Staaten, an Einhaltung ihrer vertragsmäßig eingegangenen nationalen Verpflichtungen, gewaltsam verhindert zu sehen.

Dasselbe Thema wird dann noch in mehreren Nummern wiederholt besprochen, und kommt der „ehrenwerthe Volksbote" — bei glühendem Verlangen, daß der von ihm und seinen ultramontanen Schildknappen und demokratischen Alliirten sehnlich herbeigewünschte Krieg, baldigst ausbrechen möge, stets zu dem Schluß, für einen derartigen Fall unter allen Umständen dann aber von den bestehenden Verträgen Umgang zu nehmen, und Preußen seinem Schicksale zu überlassen — da, nach seiner Meinung, die gesammte, sogenannte „Volksstimme" solches verlangt, und er die Ansicht zu haben scheint, daß in dieser Sache **sonst Niemanden** eine Entscheidung zustehe!

In demselben Blatte wird dann auch — offenbar um die bayerische Regierung als stets nur im preußischen Interesse handelnd — zu verdächtigen, und die Massen möglichst zu erbittern, bemerkt: „daß die Rückgabe der „Düsseldorfer Gallerie" deren Schicksal bekanntlich von einem desfalls zu fällenden Austrägal-Rechtsspruch abhängig gemacht worden — „kaum mehr bezweifelt werden kann, da Herr von Gresser gegen Preußen kaum weniger gefällig sein wird, als seine Collegen Hohenlohe und Schlör, und somit die Düsseldorfer Bilder so gut als verloren betrachtet werden müssen" obgleich aus der bisherigen Actenlage, gerade das diametrale Gegentheil des hier verkündeten Ausgangs jener Angelegenheit zu schließen sein dürfte.

Am 7. Juni hält es der „ehrenwerthe Volksbote" für angemessen, seine besonderen Schützlinge — die widerspänstigen Kontrolpflichtigen — welche in Folge ihres ausgezeichneten Verhaltens in Ingolstadt, früher wie man solches zu erwarten glauben konnte, wieder in ihre Heimath entlassen wurden — förmlich zu glorificiren, indem er sagt: „ob diese Reservisten blos wegen ihres „ausgezeichneten Benehmens" oder ob sie als Missionäre" — warum nicht lieber Märtirer? — „des Patriotismus, oder aus anderen Gründen — vermuthlich weil die Regierung sich vor ihren ländlichen Kameraden fürchtete! — „endlich" — nach einmonatlicher Disciplinirung — „entlassen wurden, ist vorläufig gleichgiltig; genug, daß diese Männer nicht dem Könige von Preußen" — was auch keinem Menschen von ihnen zu verlangen einfallen konnte — „sondern nur ihrem angestammten Könige Ludwig II. von Bayern" — vor dessen Attributen dieselben eine solche Ehrfurcht bewiesen, daß der Anblick einer Königlichen Dienstmütze genügte, um dem armen Revierförster Kracher sofort den Schädel zu zerschmettern — „Treue schwören wollten, die Nachfolger der Vaterlandsvertheidiger, welche ruhmvoll für den Fürsten von Bayern und für des Vaterlandes Freiheit und Unabhängigkeit bei Sendling geblutet und gestorben, endlich nach Hause gelassen wurden!" — Als Moral dieses blödsinnigen Geschwätzes dürfte sich herausstellen, daß der Regierung demnach durchaus kein Recht zustehe, renitente und meuterische Bauernbursche, insofern dieselben nur vorgeben, die begangenen Excesse aus Patriotismus verübt zu haben, irgend zu bestrafen, weil sie möglicher Weise Nachkommen der Sendlinger Helden sein könnten, und somit in Anbetracht der Verdienste ihrer Vorfahren, sich gelegentlich doch auch einmal das Vergnügen machen dürften, einen Mann, der nichts verbrochen, als Königlicher Diener zu sein — todt zu schlagen, einen Kö-

niglichen Officier auf das Brutalste zu insultiren, und den Anordnungeu der Königlichen Behörden unfläthige Verhöhnung und wilde, bis zum Aufruhr sich steigernde Unbotmäßigkeit entgegen zu setzen! — Gott möge Bayern vor ähnlichen, sich durch derartige Königstreue auszeichnenden, volksbotlichen „Missionären des Patriotismus" in Gnaden bewahren!!

Den 11. Juni lesen wir die Frage, welche nach seiner Versicherung der „Volksbote" fort und fort wiederholen muß, wie man sie landauf, landab wiederholt: „Wie lange werden Fürst Hohenlohe und Herr von Schlör, deßgleichen Herr von Greßer noch Minister in Bayern bleiben?" — Worauf demselben zur Antwort dienen möge: „Gerade so lange, wie solches Seiner Majestät dem Könige von Bayern genehm sein wird", Allerhöchst Welchem — so viel uns bekannt — deßfalls **Niemand** — sogar nicht einmal das hochmögende Organ der ultramontanen Partei — auch nur das Allergeringste einzureden die entfernteste Befugniß zustehen dürfte.

Am 20. Juni bringt das Blatt eine Aeußerung des Generals von Moltke, laut deren, nach dessen Ueberzeugung, „das einzige Mittel, den Frieden auf die Dauer zu erhalten, **darin** bestehen dürfte, durch ein **einiges Deutschland**, im Herzen von Europa eine Macht gebildet zu sehen, die, ohne selbst eine erobernde zu sein, **stark genug wäre, seinen Nachbarn den Krieg verbieten zu können"** — welches hier angedeutete, erhabene Ziel des nationalen Berufs unsers Volkes, jeden nicht völlig entarteten Deutschen mit stolzem Selbstgefühl zu erfüllen geeignet ist — während der „Volksbote" diesen Gedanken, daß Deutschland in Europa möglicher Weise einmal dominiren könne, nicht zu ertragen vermag, da solches, nach seiner voraussetzlichen Meinung, nur Frankreich zukommt,

um doch unter Umständen in der Lage zu sein, die schönen Zeiten des Rheinbundes immer wieder herauf zu beschwören.

Am 26. Juni rühmt sich der „Volksbote" selbst damit, „daß er der bestehenden Regierung gegenüber „die Rebellion" mit Erfolg gepredigt habe, was besonders die „Zollparlamentswahlen" — die Vorgänge bei manchen Kontrolversammlungen und noch verschiedenes Andere — „erwiesen", in welcher Beziehung wir demselben durchaus nicht zu widersprechen geneigt sind.

Nachdem wir somit durch vorliegende Auszüge aus dem Haupt-Preßorgan der ultramontanen Partei in Bayern — welche Notizen wir leicht zu verdoppeln im Stande gewesen wären, ohne dieses jedoch zu unseren Zwecken für nöthig zu erachten — den Beweis geliefert zu haben glauben, daß das politische Treiben genannter Genossenschaft, der katholischen Kirche — deren Name hier auf das schmählichste mißbraucht wird — zum äußersten Nachtheil gereicht — für die staatliche Autorität in unserem engeren Vaterlande, wie für unsere allgemein deutschen Angelegenheiten unter Umständen aber höchst gefährlich zu werden droht — möge es uns vergönnt sein, noch einige weitere Bemerkungen folgen lassen zu dürfen.

Erst nach langem, vergeblichen Warten, ob sich denn sonst Niemand finden werde, der sich die Aufgabe zu stellen geneigt sei, den ungeheueren Unterschied, der zwischen den Begriffen **„Katholisch und Ultramontan"** thatsächlich besteht, darzuthun — entschlossen wir uns, unsere Ansichten deßfalls zu veröffentlichen, da es uns für die katholische Sache — die uns allerdings eine wahre Herzensangelegenheit ist — von der höchsten Wichtigkeit zu sein schien, in dieser Beziehung endlich eine Sichtung angeregt zu sehen, nachdem es für Millionen entschiedener Katholiken

schon seit Jahren ein drückendes, unendlich beschämendes Gefühl war, einer Partei beigezählt zu werden, deren Wortführer und Vorkämpfer fast ausnahmslos durch auffallende Beschränktheit, Kleinlichkeit und Gemeinheit ihrer Ansichten, durch völligen Mangel an jedem edelen, nationalen Patriotismus und großartiger Opferwilligkeit für das Vaterland, durch gänzliches Verkennen ihrer Staatsbürgerpflichten, durch blinde Leidenschaftlichkeit, verbunden mit wahrhaft diabolischer Gehäßigkeit, und schließlich durch eine Art der Publicistik, und einer Gewissenlosigkeit bezüglich der zur Erreichung ihrer Zwecke in Anwendung gebrachten Mittel, wie durch seltenen Cynismus einer, an wahrhaft bübischem Hohne und hämischer Bosheit schwerlich zu überbietender Sprache — sich täglich auszuzeichnen mit wahrem Feuereifer bemüht sind.

Der Entschluß, diesem Gebahren entschieden entgegen zu treten, und solches womöglich als unkatholisch nachzuweisen, kostete uns um so mehr Ueberwindung, als nicht nur viele, hochachtbare, uns mehr oder weniger befreundete Persönlichkeiten — durch all zu großen Eifer verleitet — theilweise wohl unbewußt — der ultramontanen Richtung zuneigen, sondern auch nicht zu leugnen ist, daß die Mehrzahl derjenigen, welche dieser Partei angehört, wirklich für die gute Sache zu kämpfen wähnt, — in Folge dessen man alles Gesagte eigentlich nur als gegen die Haupt-Preßorgane und zelotischen Führer genannter kirchlich-politischen Genossenschaft, nebst deren besonders fanatichem Anhange gerichtet, betrachten möge — wie wir überhaupt kaum gewagt haben würden, jenes Thema zur Sprache und zur Discussion zu bringen, wenn nicht — wie schon bemerkt — ein hochwürdigster Bischof der katholischen Kirche, gegen das ultramontane Getreibe seine oberhirtliche Stimme bereits

erhoben, und solches als den katholischen Glauben entehrend, beschimpfend und schändend, auf das feierlichste verurtheilt, verworfen und verdammt hätte.

Leider können aber keinerlei persönliche Rücksichten mehr maßgebend sein, sobald man es als eine heilige, gar nicht abzuweisende Pflicht zu erkennen glaubt, für die wichtigsten Interessen der Kirche, des Staates und des Vaterlandes in die Schranken zu treten — wie denn auch in einem solchen Falle sogar alle Fragen der eigenen Existenz zurückstehen müssen, die allerdings stets als ernstlich bedroht erscheinen dürfte, wenn man das Unglück hat sich den Haß und die Rache der ultramontanen Partei zuzuziehen. Auch sind wir in der That ganz darauf gefaßt, den Autor dieses Schriftchens — namentlich von Seiten der gegnerischen Presse — in einer Art verdächtigt, verläumdet und verunglimpft zu sehen, die nichts zu wünschen übrig lassen möchte — während ebenfalls alle denkbaren persönlichen Verfolgungen — wenn irgend möglich — nicht ausbleiben werden — ohne daß der Verfasser sich jedoch zu entschließen vermag — nur um den für ihn allerdings vielleicht unberechenbaren Folgen seines Wagnisses zu entgehen — auf die Besprechung dieser ihm von der allerhöchsten Bedeutung und der vielseitigen Wichtigkeit erscheinenden Angelegenheit zu verzichten. —

Nach diesen mehr persönlichen Abschweifungen, kehren wir schließlich nochmals zu dem eigentlichen Gegenstand vorliegender Erörterungen zurück, und da müssen wir denn zuvörderst erklären, daß wir es für das einzige radicale Mittel erachten, dem nachgewiesenen ultramontanen Unwesen, welches als Carikatur des Katholicismus, jenen selbst in Verruf und Mißachtung bringt, den Staat gefährdet und unsere nationalen Interessen schwer bedroht, ein Ende zu machen, von Seiten des hochwürdigsten

Landesepiscopats, kraft seiner in dieser Beziehung maßgebenden Autorität — nicht nur vereinzelt, sondern in seiner Gesammtheit — dasselbe als dem allgemeinen Geiste der katholischen Kirche absolut widersprechend, und deren besonderen Lehren theilweise diametral zuwiderlaufend, bezeichnet, wie den ihm untergebenen Clerus mit allem Ernste dazu angehalten zu sehen, ähnlichem heillosen Treiben entschieden entgegen zn wirken — zugleich aber anch die Diöcesanen der verschiedenen Episcopate, vermittelst wiederholter, directer Ansprachen — sei es in Form von Hirtenbriefen oder sonstigen bischöflichen Erlassen — desfalls zu belehren und vor jeder Betheiligung an dergleichem verwerflichen Gebahren, väterlich zu warnen — den unverbesserlichen Aufwieglern und Hetzern jedoch, ihr oberhirtlichs Mißfallen unumwunden kund zu thun, und gegebenen Falls, gegen dieselben mit entsprechenden kirchlichen Censuren unnachsichtlich vorzugehen.

Fin derartiges Verfahren verspräche aber zur Ernüchterung der bereits mehr oder weniger fanatisirten und mißleitenden Massen, Vieles beizutragen, während dasselbe auch zugleich von Seiten der Regierungen ohne Zweifel außerordentlich gewürdigt und dankbarst anerkannt zu werden verhieße — in Folge dessen zuversichtlich zu erwarten wäre, dann ebenfalls von Staatswegen, die katholischen Interessen und die gerechten, wohlbegründeten Ansprüche der Kirche und der ihr Angehörigen, in ganz anderer Weise berücksichtigt, vor Verunglimpfung geschützt und vor bureaucratischer Vexation bewahrt zu sehen, wie solches bisher großentheils der Fall war — welche erfreulichen Resultate man dann aber nicht irgend einer Schwäche, irgend einem Preisgeben der katho-

lischen Sache, sondern im Gegentheil, einem strengen Regiment in der eigen Machtsphäre, zu verdanken hätte — und somit das Verdienst beanspruchen könnte, nicht nur die gründliche Läuterung der katholischen Bewegung bewirkt, sondern auch auf die inneren Zustände des engeren Vaterlandes, wie auf unsere allgemeinen nationalen Angelegenheiten, einen besonders günstigen Einfluß ausgeübt zu haben.

Allerdings hat in dem bisher einzigen eclatanten Falle der Art, in welchem ein hochwürdigster Oberhirt einem seiner Diöcese angehörigen Redacteur eines sogenannten katholischen Blattes, demselben in seiner Eigenschaft als katholischer Bischof seine entschiedene Mißbilligung des von ihm adoptirten literarischen Wirkens auszusprechen sich verpflichtet fühlte, der Betreffende sich nicht entblödet, die Absicht anzudeuten, diese Angelegenheit Rom zur Entscheidung zu unterbreiten.

Abgesehen davon, daß Rom aber in solchen Fragen, die zum Dogma nicht in der allerentferntesten Beziehung stehen, nichts weniger als unfehlbar ist, befindet sich dasselbe auch gar nicht in der Lage, äußerst complicirte Vorgänge größtentheils politischer Natur, welche sich in fernen Landen ereignen, selbst irgend richtig beurtheilen zu können, sondern wird sich stets genöthigt sehen, in solchen Dingen den betreffenden Bischöfen — als bezüglich der factischen Sachlage vollkommen unterrichtet — es zu überlassen, dasjenige zu thun, was sie zur Wahrung des Ansehens der katholischen Kirche und der katholischen Interessen für angemessen erachten.

Sollte Rom indessen, völlig gegen alles Erwarten — in Folge einseitiger, parteiischer Berichte — sich doch vielleicht verleiten lassen, solcher von ihren Bischöfen censirten Individuen sich anzunehmen, und z. B. in vorliegendem Falle, der hier verdammten, ultramontanen durchaus revolutionären Agitation, welche das Volk fortwährend zur Unbotmäßigkeit aufreizen, der

Regierung aber stets die größten Schwierigkeiten zu bereiten bestrebt ist, nur weil dieses Alles unter dem Vorgeben geschieht der katholischen Sache dadurch zu dienen — seinen Beifall zu spenden — so dürfte ein derartiger Mißgriff nicht nur für die Katholiken Bayerns, sondern ganz Deutschlands, wahrhaft verhängnißvolle Folgen zu haben drohen, da die betreffenden Regierungen sich bezüglich ihrer — vermittelst des ultramontanen Treibens — veranlaßten, allerdings durchaus irrthümlichen Meinung, die ganze kirchliche Richtung mehr oder weniger als staatsgefährlich betrachten, und demgemäß behandeln zu müssen, durch ein solches Verfahren Roms — in welchem sie dann den entschiedenen Protector aller regierungsfeindlichen Parteien, insofern solche nur in katholischem Gewande aufzutreten für zweckdienlich erachteten — erblicken würden — nur bestärkt sehen könnten.

Man wird nach Kenntnißnahme vorliegender Erörterungen und Betrachtungen — selbst von Seiten mancher Wohlmeinenden — es uns vielleicht zum Vorwurfe machen, durch Veröffentlichung dieses Schriftchens, einen gefährlichen Zankapfel in die katholische oder ultramontane Partei — welche Bezeichnung man bisher fälschlich stets als gleichbedeutend zu betrachten gewohnt war — geschleudert, und dadurch möglicher Weise eine Sprengung, und in Folge dessen unberechenbare Schwächung derselben, verursacht zu haben.

Wenn auch unsere kleine Arbeit etwas dazu beitragen sollte, eine gewisse Scheidung in dieser Beziehung zu veranlassen — was wir allerdings beabsichtigten — so befürchten wir doch keineswegs dadurch zugleich die eigentliche katholische Sache irgend zu gefährden, sondern leben vielmehr der zuversichtlichen Hoffnung, daß dieselbe aus einem solchen Läuterungsprozeß in er=

neutem Glanze hervorgehend, allen denkbaren Zeitereignissen siegreich die Spitze bieten, und auch der staatlichen Autorität diejenige Achtung abzwingen werde, die wahrhaft Reinem, Edelem und Erhabenem nicht leicht zu versagen ist.

Als Quintessenz unserer Lucubrationen dürfte sich somit ergeben, daß nach unserer Ueberzeugung, in Staat und Kirche, ein starkes, hoch über den Parteien stehendes Regiment, nicht nur gegenseitig die vollste Autonomie in ihren verschiedenen Machtsphären bereitwilligst anerkennen, sondern auch bestrebt sein sollte, jede unbefugte Einmischung, jedes im eigenen Lager sich bemerkbar machende Streben, in das anderseitige Gebiet übergreifen, und störend einwirken zu wollen — so viel wie irgend thunlich, selbst zu verhindern, und Falls es bereits geschehen, solche Attentate, soweit es die gesetzlichen Bestimmungen irgend zulassen, unnachsichtlich zu bestrafen — welches Verfahren auf das Volk ohne Zweifel eine ganz andere Wirkung hervorzubringen, und für das Verhalten desselben ungleich nachhaltigere Folgen zu haben verspräche, als wenn man beiderseitig nur immer die gegnerischen Ausschreitungen zu tadeln, zu verdammen und zu ahnden bereit wäre — da ausschließlich die im eigenen Bereiche executirte, scharfe Disciplin, den Eindruck von Gerechtigkeit zu machen, jede Rüge von anderer Seite aber in der Regel als parteiische Willkür sich darzustellen pflegt.

Zugleich würden aber Staat und Kirche — diese beiden mächtigen Säulen, auf denen die menschliche Gesellschaft ruht — durch eine derartige, möglichste Unbeeinträchtigung ihrer Integrität, an eigenthümlicher Kraft unberechenbar gewinnen, und sich, vermöge der Gegenseitigkeit ihrer wohlwollenden Beziehungen, einander namhaft stützen — wie sich auch die correcte Lösung ihrer großentheils total verschiedenen Aufgaben, unendlich erleichtern

— während das wohlverstandene Interesse genannter beider Potenzen, dann jedoch ebenfalls gebieterisch erfordern dürfte, alle jene Angelegenheiten, die gleichmäßig in das Leben des Staates wie der Kirche eingreifen, auch nie anders als auf dem Wege gegenseitiger Verständigung, zum Austrage und zur Entscheidung gebracht zu sehen.

Wohl wissen wir, daß allerdings nicht nur die Ultramontanen dem Gouvernement Schwierigkeiten bereiten, sondern daß ebenfalls deren Alliirte, die freilich in Bayern nur schwach vertretene democratische Partei, namentlich aber die große liberale Majorität, fortwährend bestrebt ist, den Schwerpunkt der Regierung immer mehr in die Volkskammer zu verlegen, und sich wo möglich auch der kirchlichen Fragen, so viel wie irgend thunlich, zu bemächtigen, zugleich aber bezüglich der deutschen Angelegenheiten mit dem Ministerium Hand in Hand geht, und komischer Weise gerade deßhalb von Seiten der ultramontanen Presse — wie wir aus den mitgetheilten Auslassungen des „Volksboten" hinlänglich gesehen haben — als eine Bande erkaufter Verräther behandelt wird; doch sind diese Bestrebungen der liberalen Partei eben parlamentarische Vorgänge, die ihren durchaus gesetzmäßigen Verlauf haben, ohne dadurch auf die endliche freie Entscheidung des Staatsoberhauptes irgend einen Zwang auszuüben — während jene, sich katholisch nennende Genossenschaft offenbar darauf ausgeht, durch anhaltendes Wühlen, unausgesetztes Hetzen und allgemeines Verdächtigen, die Maßen möglichst aufzuregen, um in Folge dessen der Regierung derartige Schwierigkeiten zu bereiten, daß für dieselbe gegebenen Falls von einer freien Wahl bezüglich der einzuhaltenden oder zu ergreifenden Politik, denkbarer Weise nicht entfernt mehr die Rede sein könnte.

Obgleich wir nun auch jene fortwährende Bemühung des

Liberalismus, das Princip der „Volkssouverainität" immer mehr an die Stelle des „souverainen Königthums" zu setzen, und statt eines „Königlichen", ein „Kammer-Regiment" zu etabliren, durchaus nicht zu billigen vermögen, da — ganz abgesehen von allem Anderen — der Fundamental-Grundsatz jedes christlichen Staates unserer Tage „gleiche Freiheit und gleiches Recht für Alle", schon gegenwärtig durch den überwiegenden Einfluß, den augenblicklich die liberale Partei auf das Gouvernement ausübt, stark beeinträchtigt erscheint, durch deren vollen Sieg aber gänzlich vernichtet zu werden Gefahr laufen würde, um für alle, welche dieser Richtung nicht angehören, der unerträglichsten Tyrannei Platz zu machen — so kann man den Liberalen — wie bereits bemerkt worden — derzeitig jedoch nicht vorwerfen, zur Erreichung ihrer Ziele ungesetzliche, die Maßen zur Unbotmäßigkeit aufstachelnde Mittel in Anwendung zu bringen, oder die Geschicke unsers Gesammtvaterlandes vermittelst fremder Einmischung ihrer Entscheidung entgegen geführt sehen zu wollen — zwei Eigenschaften, die man der ultramontanen Partei leider nicht nachzurühmen vermag, so daß die Gefahr, welche Bayern und Deutschland von dieser Seite droht, offenbar als besonders beachtenswerth sich darstellen dürfte.

Wie zur Zeit der höchsten Blüthe des Mittelalters — wo der Geist der katholischen Kirche für das Verhalten des Volkes noch allein maßgebend war — als sehr wohl vereinbar sich darstellte, der treue Unterthan eines der deutschen Dynasten zu sein, und wenn das Reich bedroht wurde — ohne zu fragen ob das Gebiet des speciellen Landesherrn dadurch irgend gefährdet erschien — sich nicht zu besinnen, für die Unabhängigkeit, den Ruhm, die Ehre und die Macht der edelen deutschen Nation, sein Leben mit Begeisterung in die Schanze zu schlagen — so halten wir es auch sehr wohl für ausführbar, sich überall als guter

Bayer, und als entschiedener Katholik zu bewähren, ohne deßhalb jedem Gefühl für unsere allgemeinen nationalen Interessen entsagen, und den Vorsatz haben zu müssen — insoferne solches dem engherzigsten, kleinsten Partikularismus scheinbar irgend zum Vortheil zu gereichen verspricht — dieselben bei nächster Gelegenheit zu verrathen — ja, glauben sogar diejenigen vorzugsweise als loyale Staatsbürger und correcte Katholiken bezeichnen zu dürfen, welche nicht die deutsch-patriotische Politik unsers legitimen Monarchen und seiner Regierung, durch unausgesetztes Bearbeiten des Volkes, lahm zu legen, und das souveraine Staatsoberhaupt vermittelst fortwährenden Agitirens, gegen dessen eigenen Willen, zur Annahme ihrer unehrenhaften, durchaus verwerflichen Absichten gleichsam zu zwingen trachten — sondern im Gegentheil bemüht sind, jene nationale Politik zum Wohle unsers engern wie unsers allgemeinen Vaterlandes, nach Kräften zu unterstützen. —

Nur der tiefe Schmerz, das geschilderte, die katholische Kirche wie die germanische Nationalität gleichmäßig schändende, von allen deutschen Patrioten — ohne Unterschied der Stammesverschiedenheit — verdammte Getriebe, ziemlich allgemein als naturgemäßen Ausfluß des Katholicismus, betrachtet und bezeichnet zu sehen — konnte uns dazu vermögen, die totale Unrichtigkeit solcher Annahme, durch Darlegung des gewaltigen Abstandes, welche zwischen diesem und dem hier allein sich geltend machenden Ultramontanismus, thatsächlich besteht, einigermaßen nachzuweisen, und die Behauptung aufzustellen, daß die katholische Kirche, welche vermöge der Göttlichkeit ihres Ursprungs und der universalen Großartigkeit ihrer Anschauungen, keine den Menschen wahrhaft ehrende Eigenschaft und demselben persönlich zu besoderer Zierde gereichende Tugend,

ausschließt — es ihren Angehörigen in Deutschland nicht nur ermöglicht, unter strenger Aufrechthaltung des von ihr selbst befohlenen, schuldigen Gehorsams gegen die von Gott verordneten Obrigkeit, und der Treue für den Landesherrn — wenn es dereinst gelten sollte, **auch für die Selbstständigkeit, die Ehre und die Macht unseres Gesammtsvaterlandes mit Begeisterung einzutreten** — sondern dieses sogar von ihnen zuversichtlich erwarten dürfte, da es offenbar die Aufgabe des wahren Katholiken ist, zu jeder Zeit und in allen Dingen das Ideal höchster Pflichterfüllung anzustreben, und demnach gegebenen Falls — gleich den berechtigten partikularen — auch unsere allgemeinen nationalen Interessen, mit voller Hingebung zu vertheidigen.

Druck der k. Hofbuchdruckerei C. Huber.

Katholisch und Ultramontan zur Orientirung

München 1869